

Bezugspreis:
Stettin, 20. — M. monatl. 10. — M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10. — M., ein-
hellungsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Ostens, Österreich,
Ungarn und Luxemburg 20. — M. für
das übrige Ausland 27. — M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Himmels“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die wichtigste Nummer
kostet 5,50 M. „Kleinanzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
sätzlich zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1. — M. Stellengeld
und Schlusszeilenanzeigen das erste
Wort 1. — M., jedes weitere Wort
40 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 1. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 3 Uhr nachmittags im
Druckgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gebühren
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90 — 151 97

Sonnabend, den 7. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 117 53 — 54

Das Finanzdiktat der Entente. Deutschlands schwerste Entscheidung.

Das Kernstück des Ultimatum, die einstimmige Ent-
scheidung der in der Reparationskommission vertretenen
Mächte über die deutschen Zahlungspflichten ist im Laufe des
gestrigen Tages in Berlin eingetroffen. Es enthält keine
Ueberraschungen, so ziemlich alles Wichtige daraus ist schon
durch die Presse stückweise veröffentlicht worden. Da es sich
jetzt aber um den authentischen Text handelt, ist es
notwendig, den Inhalt des sehr umfangreichen Schriftstücks
noch einmal in zusammenfassender Darstellung wiederzugeben.

In Abänderung von Teil VIII, Anlage II des Friedensvertrages
soll die Reparationskommission ermächtigt sein, den Zins-
fuß für deutsche Schuldverschreibungen, die bis 1. Mai 1926 aus-
gegeben werden, von 2½ auf 5 Proz. zu erhöhen und Vorkehrungen
zur Tilgung zu treffen. Das Plus soll durch Herabsetzung der
Zinsen für die noch ungedeckte Schuld ausgeglichen werden. Sie
darf die Ausgabe

neuer Schuldverschreibungen

mit 5 Proz. Zinsen und 1 Proz. Tilgung verlangen. Schon aus-
gegebene Schuldverschreibungen werden dafür zurückerstattet. Sie
kann den Zahlungsbeginn vom 1. Mai auf den 1. November 1921
verschieben und die Schuldverschreibungen in verschiedene Serien
einteilen. Sie ist ferner ermächtigt, von Deutschlands zu verlangen,
daß es gewisse näher zu bestimmende Einkünfte und Werte
für den Zinsendienst entweder der Gesamtheit der Schuldverschrei-
bungen oder einzelner Serien verschreibt.

Eine Garantiekommission

ist ermächtigt, die Verwendung der verschiedenen Einnahmen zu
überwachen und die Zahlungsdaten und Methoden der für den
Dienst der Schuldverschreibungen oder anderer mit der deutschen
Schuld im Zusammenhang stehender Zahlungen vorzuschreiben.

Die von der deutschen Regierung zu verschrei-
benden Einnahmen sind folgende:

1. Die Erträge aus allen deutschen See- und Landzöllen
und Abgaben und insbesondere die Erträge aus allen Einfuhr-
und Ausfuhrabgaben.
2. Die Erträge der 25prozentigen Abgabe vom Werte der
gesamten deutschen Ausfuhr mit Ausnahme derjenigen, welche nach
der Befehdung einer der alliierten Mächte einer Abgabe von nicht
weniger als 25 Proz. unterliegt.
3. Die Erträge von solchen direkten oder indirekten Steuern
oder anderen Fonds, welche die deutsche Regierung vorschlagen
kann und welche das Garantiekomitee als Ergänzung oder als
Ersatz für die in Punkt 1 und 2 näher bezeichneten Fonds ein-
nimmt. Das Garantiekomitee soll nicht befugt sein, sich in die
deutsche Verwaltung einzumischen.

Deutschland soll auf Verlangen

Material und Arbeit liefern.

die eine der alliierten Mächte mit vorheriger Zustimmung der
Reparationskommission zum Zwecke der Wiederherstellung der zer-
störten Gebiete dieser Macht oder zu dem Zwecke anfordert, eine
der alliierten Mächte insland zu setzen, mit dem Wiederaufbau oder
der Entwiklung seines industriellen oder wirtschaftlichen Lebens
fortzufahren. Der Wert solcher Material- und Arbeitsleistung soll
von einem seitens Deutschland und einem seitens der beteiligten
Macht ernannten Schlichter und im Nichtleistungsfalle von einem
durch die Reparationskommission ernannten Schlichter
abgeschätzt werden.

Der Zahlungsplan.

Deutschland wird in der in diesem Plane bestimmten Weise seine
Verpflichtungen, den in Uebereinstimmung mit Artikel 231, 232 und
233 des Vertrages von Versailles durch die Kommission festgesetzten
Gesamtbetrag zu zahlen, erfüllen, nämlich

132 Milliarden Goldmark

abzüglich a) den bereits auf Reparationskonten bezahlten Betrag,
b) denjenigen Summen, welche von Zeit zu Zeit Deutschland hin-
sichtlich des Einzelvermögens in den abgetretenen Gebieten um-
zuwälzen werden können und c) aller der Summen, welche von
anderen feindlichen oder früher feindlichen Mächten eingezogen und
hinichtlich deren die Kommission entscheiden kann, daß sie Deutschland
gutgebracht werden sollen, zuzüglich der belgischen Schuld an die
Alliierten.

Die Beträge dieser Abzüge und der Gesamtsumme sollen durch
die Kommission später festgesetzt werden.

Deutschland soll übergeben:

- a) Schuldverschreibungen für einen Betrag von 12 Milliarden
Goldmark.
- Diese Schuldverschreibungen sollen bis spätestens 1. Juli
1921 ausgestellt und übergeben werden. Es soll in jedem Jahre
vom 1. Mai 1921 eine jährliche Zahlung stattfinden, deren Betrag

6 Proz. des Nominalwertes der ausgegebenen Schuldver-
schreibungen gleichkommt. 1 Proz. ist zur Tilgung durch Rückkauf
zu verwenden.

b) Schuldverschreibungen für einen weiteren Betrag von 38 Mil-
liarden Goldmark.

Diese Schuldverschreibungen sollen spätestens am 1. November
1921 ausgestellt und übergeben werden. Verzinsung und Tilgung
wie oben.

c) Schuldverschreibungen für 82 Milliarden Goldmark.

Diese Schuldverschreibungen sollen spätestens bis zum 1. No-
vember 1921 ausgestellt werden. Sie sollen von der Kommission
ausgegeben werden, sobald sie überzeugt ist, daß die von Deutschland
im Verfolg dieser Abmachung übernommenen Zahlungen ausreichen,
um für die Bezahlung von Zinsen und Amortisation dieser Schuld-
verschreibungen zu dienen.

Gemäß den Bestimmungen der Artikel 248 und 251 des Ver-
trages von Versailles sollen diese Schuldverschreibungen durch die
gesamten Besitztümer und Einnahmen

des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten, und insbesondere
durch die besonders angeführten Besitztümer und Einnahmen gesichert
werden.

Deutschland soll jedes Jahr bezahlen:

1. Eine Summe von 2 Milliarden Goldmark.
2. a) Eine Summe, welche etwa 25 Proz. des Wertes seiner
Ausfuhr in jedem Zeitraum von 12 Monaten nach dem
1. Mai 1921, so wie von der Kommission festgesetzt, ent-
spricht, oder
b) wahlweise einen entsprechenden Betrag, so wie
er in Uebereinstimmung mit jedem andern von Deutschland
vorgeschlagenen und von der Kommission angenommenen
Index festgesetzt werden würde.

3. Eine weitere Summe entsprechend 1 Proz. des Wertes
seiner Ausfuhr wie oben bestimmt oder wahlweise einen ent-
sprechend der Vorschrift in b) oben festgesetzten Betrag. Bei fort-
schreitender Zahlung vermindert sich der zu zahlende Betrag auf
denjenigen, der in dem Jahre erforderlich ist, um die Zinsen und die
Amortisation auf die dann ausstehenden Schuldverschreibungen zu
zahlen.

Deutschland soll innerhalb von 25 Tagen von dieser
Benachrichtigung an bezahlen

eine Milliarde Goldmark

in Gold oder anerkannten Devisen oder in deutschen Schatz-
weisungen mit 3 Monaten Laufzeit, die das Inkassament anerkannter
deutscher Banken tragen und in London, Paris, New York oder
jedem andern von der Reparationskommission bezeichneten Orte
zahlbar sind. Diese Zahlungen werden als die beiden ersten Viertel-
jahresraten der vorgesehene Zahlungen behandelt werden.

Die Garantiekommission

tritt in 25 Tagen zusammen. Sie soll bestehen aus Vertretern
Belgiens, Frankreichs, England, Italiens, Japans und Amerikas,
wenn dieses vertreten sein will. Auch andere Mächte, deren Ange-
hörige deutsche Schuldverschreibungen besitzen, sollen vertreten sein
können, aber nicht mehr als drei. Die Kommission soll die Verwen-
dung der von Deutschland als Sicherheit verschriebenen Fonds (Zölle,
Ausfuhrabgabe, sonstige Steuern) überwachen.

Der Gegenwert der deutschen Abgabe soll in deutscher Währung
von der deutschen Regierung an den Exporteur bezahlt werden.

Die Kommission soll nach Art der Reparationskommission von
Zeit zu Zeit die deutsche Leistungsfähigkeit prüfen und berechtigt sein,
Maßnahmen zur zweckmäßigen Erledigung ihrer Arbeit zu ergreifen,
nicht aber, sich in die deutsche Verwaltung einzumischen.

Deutschland soll die Ausführung des englischen Gesetzes über die
deutsche Ausfuhrabgabe, solange es besteht, in jeder Weise erleichtern
und den Exporteuren den Gegenwert in deutscher Währung bezahlen.

Soweit die hauptsächlichsten Bestimmungen des neuen
Finanzdiktats. Bei ihrer Lektüre wiederholen sich alle Empfin-
dungen, die man vor zwei Jahren bei der Lektüre des Frie-
densvertrages hatte. Mit seiner Ausführung wird jetzt
ernst gemacht, und Deutschland wird gefragt, ob es selber
damit ernst machen will.

Man kann über das Finanzdiktat nichts sagen, was man
nicht schon über den Friedensvertrag gesagt hat. Daß man
uns die Gurgel zuschnürt, daß man uns die Beine abschneidet
und uns dann auf dem Sill zu tanzen befiehlt, das alles ist
schon damals gesagt worden. Von deutschen und ausländischen
Nationalökonomern sind zahllose Schriften geschrieben worden,
in denen bewiesen wird, daß der Vertrag unausführ-
bar ist. Die Entente besteht aber darauf, daß der Versuch
gemacht wird.

Sagen wir Nein, so befehlt sie das Ruhrrevier
und hält es besetzt, solange bis wir Ja sagen oder bis sie sich
selber eines Besseren besinnt. Die Frage ist dann nur, was
früher kommt: unser Ja oder die bessere Besinnung auf der
anderen Seite.

Die Befehdung des Ruhrreviers ist keine vertragmäßige,
sondern eine kriegerische Handlung. Wie diese kann die
Entente jede andere Gewalttat ausführen, um endlich die
deutsche Zustimmung zu ihren Forderungen zu erpressen. Wir
müssen also jetzt entweder den Mut haben, in passiver Resistenz
zu verharrten, alles über uns ergehen zu lassen, ohne jemals
schwach zu werden, oder wir müssen den Mut haben, jetzt —
denn jeder spätere Unfall, jede Verschiebung macht die Sache
nur noch schlimmer — die furchtbare Operation der finan-
ziellen Ausfugung über uns ergehen zu lassen in der
Zuversicht, daß schließlich auch der Operateur ein Interesse
daran hat, den Patienten nicht an Blutverlust sterben zu lassen.

Die wichtigste Frage ist, ob eine Erfüllung der Bedin-
gungen wenigstens für einige Zeit möglich ist, bis
die Garantiekommission, die die Hand an unserem
Puls hält, ihre Erfahrungen gemacht haben wird. Aber soviel
scheint sicher zu sein, daß es uns nicht besser gehen wird, wenn
wir Nein sagen, als wenn wir Ja sagen. Unser Ja ist eine
nochmalige Befestigung unserer Niederlage und Ohnmacht,
unser Nein ist der Triumph des militaristischen
Frankreich, das dann mit klingendem Spiel ins Ruhr-
revier einmarschiert.

Das ist die Wahl, vor der wir stehen!

In den bürgerlichen Parteien soll die Ablehnungs-
scheidung wieder stark gemacht sein. Ob sie aber im-
stande sein würden, eine Regierung zu bilden, die die Ab-
lehnungspolitik konsequent durchführt und aufrechterhält, ist
noch sehr die Frage.

Ausfuhr und Wiedergutmachung

Von Dr. Max Duard.

Unter dem brutalen Druck, unter den uns die Entente
in dieser Woche vor die allerletzte Entscheidung gestellt hat,
kommt Biele von uns zum Bewußtsein, wie wenig doch die
breite Oeffentlichkeit und die Wählerschaft an der Einzel-
diskussion der Wiedergutmachungsvorschläge teilgenommen
haben. Gewiß: es bleibt ein großes Verdienst der Gewerk-
schaften, die speziellen Wiederaufbauvorschläge für Nordfrank-
reich entworfen und gefördert zu haben. Daneben hat die
Handels- und Börsenpresse gewisse Seiten der Wiedergut-
machung erörtert. Aber schon die gesetzlichen Vertretungen
von Handel und Gewerbe haben wenig zur Klärung der Re-
parationsfrage mit Bezug auf die Tragfähigkeit
Deutschlands geleistet und in weiteren Kreisen vollends
ist man selten zu einem gründlicheren Durchdenken der Wiedergut-
machungsvorschläge nach der volkswirtschaftlichen Seite getom-
men. Außer den Regierungsfachverständigen, die aber zum
größten Teil stark beteiligte Interessenten statt weit-
sichtiger Volkswirte waren, hat sich mit der genauen Prüfung
unserer Leistungsmöglichkeiten die volkswirtschaftliche Welt
kaum eingehender beschäftigt, von ein paar rühmlichen Aus-
nahmen abgesehen.

Diese geringe Teilnahme der Allgemeinheit an
der volkswirtschaftlichen Organisationsarbeit der Wiedergut-
machung hat ihre guten Gründe. Sie liegen nicht bloß darin,
daß der Durchschnittsdeutsche noch gar zu gern Regierung und
Bureaucratie für sich arbeiten läßt und sich auf das Kritizieren
beschränkt; sie liegen auch nicht allein darin, daß die politische
Presse in ihrer heutigen Zwangslage naturgemäß für tiefer-
gehende volkswirtschaftliche Betrachtungen weder Zeit noch
Raum besitzen kann. Vor allem hat die Gewaltpolitik mit
der die Entente Deutschland zur Zahlung mit der Pistole
vor der Stirn drängen wollte, den Widerspruch und die Emp-
örung geweckt und damit von vornherein ruhige und sachliche
Erörterungen gehindert und gestört. Jeder, der zur Leistungs-
frage mit eigenen Ueberlegungen etwas zu sagen hatte, fühlte
sich von den Methoden der Entente zurückgestoßen. Diese aber
drängte uns von Tag zu Tag dem Abgrund näher und för-
derte die reaktionären Strömungen, die von der Hege gegen
die Republik und gegen ruhige wirtschaftliche Ueberlegungen
leben. Und nun stehen wir in der letzten Periode
lebenswichtigster Entscheidungen, ohne viel
mehr an Eigenem zur Lösung der volkswirtschaftlichen Pro-
bleme beigetragen zu haben, als uns der Außenminister und
die Sachverständigenkommissionen vorsehen. Nur eine ganz
kleine Zahl von Fachvereinigungen und ein noch kleinerer

Kreis von Nationalökonomern hat sich um die Auffindung und das Studium von solchen Lösungen der Reparationsfrage bemüht, die Deutschland wirklich tragen könnte und die doch berechtigten Anforderungen entgegenkommen.

Zu den Mittelpunkt ihrer Forderungen scheint nun die Gegenseite und namentlich England in diesen entscheidenden Stunden die Exportabgabe zu stellen. Nach der Sammlung von Aktienstücken über die Verhandlungen der Sachverständigenkonferenz zu Brüssel vom 16.—22. Dezember 1920, die dem Reichstag kürzlich zugeht, ist in den damaligen Fragen der Alliierten, die von Deutschland beantwortet werden mußten, von einer Exportabgabe noch keine Rede gewesen. Dann taucht sie zuerst in den Pariser Beschlüssen vom Januar 1921 auf, wo die 42 beweglichen Annuitäten, welche vom 1. Mai d. J. ab zu laufen beginnen, je 12 vom Hundert des Wertes der deutschen Ausfuhr betragen, von dem Ertrag dieser Ausfuhr vorweg erhoben werden und in Gold zwei Monate nach Ablauf jedes Halbjahres zahlbar sein sollen. Diese 12 Proz. sind dann in den Londoner Straffestsetzungen gegen Deutschland auf 50 Proz. gesteigert worden. Seitdem hat England immer wieder in der Presse betonen lassen, daß seiner Ansicht nach hier das Mittel der Verständigung gegeben sei. Es komme ihm gar nicht so sehr auf die 50 Proz. an, als darauf, daß sich Deutschland auf eine regelmäßige Abgabe von seiner Produktion verpflichte. Man könnte, so hieß es erst letzter Tage in der englischen Presse, bis zu 30 Proz. heruntergehen, wenn der Ertrag nur einigermaßen bei der Erhebung durch deutsche Mitarbeit sichergestellt werde. (Nach den letzten Nachrichten sollen 25 Proz. vorgeschlagen werden. Red. d. B.)

Wenn diese Reigung wirklich vorhanden ist, so mag sie nicht wenig dadurch gefördert worden sein, daß sich die Einlegung des Strafzolls an der Westgrenze ohne die Mitwirkung Deutschlands bekanntermaßen sehr schwierig für die Entente gestaltet hat. Man hat drüben seit London einiges hinzugelernt. Aber ebenso richtig ist, daß der Gedanke, unsere Reparationsschulden von gesteigerter Produktion für die Ausfuhr zu zahlen, auch in Deutschland mehr Anhänger besitzt, als es die offiziellen Verlautbarungen haben erscheinen lassen. Es läßt sich nur darauf an, ihn durch deutsche Mitarbeit in letzter Stunde in eine Form zu bringen, die deutschen Interessen gerecht würde.

Es handelt sich nämlich dabei um die Heranziehung derjenigen deutschen Einkommensteile aus einer Steigerung der Produktion, die allein eine Wegsteuerung ertragen können, weil sie in der Tat keine notwendigen Bestandteile des Wiederaufbaus sind. Das sind die Kapitalprofite, die über einen bestimmten Prozentsatz hinaussteigen und keine volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten mehr, sondern Phantasiegewinne darstellen. Beispiele für das massenhafte Vorkommen dieser Uebergewinne selbst während der zwei Notjahre, die Deutschland nun hinter sich hat, brauchen nicht angeführt zu werden; sie sind jedermann bekannt. Sie wandeln sich vielfach auch noch in auswärtige Devisen um und fließen gar nicht nach Deutschland zurück, sondern werden von auswärtigen Kunden deutscher Kapitalisten in fremder Währung bei ausländischen Banken eingezahlt. Diese Uebergewinne sind außerdem die letzten und tiefsten Ursachen der fürchterlichen Uebertreibung, der Lohn- und Gehaltssteigerungen, und schließlich der Papiergeldwirtschaft und Geldentwertung, unter denen wir in Deutschland leiden. Wenn die beiden letzteren verschwinden, würde dadurch allein die deutsche Volkswirtschaft um ein gutes Teil gesünder. Nur die Bezieher jener Gewinne selbst haben triftigen Grund, sich gegen eine Schmälerung zu sträuben. Daß ihr Gegeninteresse bisher bei der bürgerlichen Reichsregierung und ihren Sachverständigenkommissionen aus dem Auge verloren sein konnte, das bedeutet die furchtbare Anlage gegen diese Stellen. Es befragt zugleich, wie stark kapitalistisch beeinflusst unsere Sachverständigenkommissionen sind, weil sie in der Hauptfache Inter-

essenten statt uninteressierter Volkswirte umfassen. Die Massen des deutschen Volks dagegen haben nicht das geringste Interesse am Schutz der phantastischen Unternehmergewinne vor dem Zugriff des Reichs. Ihre Einfassung zur Reparationszwecken stört in keiner Weise den Fortgang der deutschen Volkswirtschaft. Ihre ungehörte Anhäufung steigert nur die kapitalistischen Übermacht in Ungemessene und die sozialen Gegensätze in das Unhaltbare. Man könnte recht gut noch jetzt auf die Vermögenssummen zurückgreifen, die durch jene Anhäufung seit zwei Jahren neu entstanden sind. Daß Minister Simons endlich und schließlich in seiner ersten Reichstagsrede zur deutschen Note an Amerika, wenn auch mit starkem Vorbehalt, den Zugriff auf solche Vermögen als eine nicht mehr vermeidbare Maßregel ankündigte, zeigt, wie sehr sich die Macht der Tatsachen selbst gegen eine bürgerliche Regierung durchsetzt.

Unter solchen Umständen ist die Entfernung zwischen demjenigen, was die Entente mit einer Exportabgabe, wenn natürlich auch nicht in einer Höhe von 50 Proz. erreichen will, und zwischen demjenigen, was als Inanspruchnahme deutscher Unternehmergewinne zu Reparationszwecken im eigenen Interesse Deutschlands liegt, nicht mehr unüberwindlich. Die Entente müßte auf die gewaltsame und willkürliche Art der Eintreibung verzichten, und Deutschland müßte das Inlasso nach vernünftigen Maßstäben durch eine geordnete Erhebung sicherstellen. Eine Einigung darüber müßte in den allernächsten Tagen erfolgen, dann wäre man ein großes Stück ohne Gewalttaten weitergekommen. Wie Deutschland die Ausführung besorgt, kann ebenfalls bald entschieden werden. Man kann an eine neue Vermögensabgabe oder an deutsche Ausfuhrzölle denken, vielleicht an eine Verbindung beider Maßnahmen. Die allgemeine Vermögensabgabe brauchte dann nicht so hoch zu sein. Das mögen in Kürze finanzielle Techniker entscheiden. Die Vor- und Hauptentscheidung aber ist politisch und volkswirtschaftlich und muß von uns allen, ganz besonders aber von der deutschen Arbeiterklasse noch im letzten Augenblick mitbetrieben und mitverantwortet werden.

Unabhängige Regierungskunst.

Zu jedem parlamentarisch regierten Land, namentlich in der französischen Republik, ist es bei jeder Ministerkrise üblich, daß das Staatsoberhaupt die Führer der in Betracht kommenden Parteien sowie den Präsidenten des Parlamentes zu sich bittet, mit ihnen über die Lage berater, d. h. sich von ihnen beraten zu lassen. Erst auf Grund dieser Konferenzen beauftragt er einen bestimmten Politiker mit der Bildung des neuen Kabinetts. Dieses Vorgehen entspricht nicht nur den Formen, sondern auch dem Wesen der parlamentarischen Demokratie.

Die „Freiheit“ weiß dies alles ebenso gut wie wir. Aber in ihrem blinden Oppositionsgeist gegen jeden, der eine amtliche Stellung bekleidet, wirft sie dem Reichspräsidenten Oberst sowohl die Laft der Laft dieser Besprechungen vor, wie auch ihre bisherige Ergebnislosigkeit! Sie bezeichnet die Konferenzen mit Parteiführern als „durchaus überflüssig“ und nennt das Vorgehen Oberst „außerordentlich ungeschickt“. Der Reichspräsident habe „lediglich“ die Persönlichkeit zu ernennen, die sich der Aufgabe der Zusammenstellung des Kabinetts zu unterziehen hat.“

Der unbedarftige Staatsmann, der sich also in der „Freiheit“ anlehnt, macht sich die Kritik wirklich allzu leicht. Würde Oberst den Reichspräsidenten ohne vorherige Prüfungnahme mit den Parteien ernannt haben, so wäre die „Freiheit“ berechtigt, von „persönlichem Regiment“ zu sprechen, und sie würde sich diese Gelegenheit sicherlich nicht entgehen lassen. Aber sie bringt es fertig, den Spieß umzudrehen und dem Reichspräsidenten eben wegen dieser Konferenzen ... „Politik auf eigene Faust“ vorzuzurufen!

Da hört wirklich jede Logik, aber auch jeder gute Glaube auf!

Vereinigungsbestrebungen in Südwestdeutschland.

Stuttgart, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) In der badischen Industriestadt Pforzheim nahmen am Samstagabend dreihundert sozialdemokratische Gemeindevorsteher aus dem Amtsbezirk Pforzheim und den angrenzenden württembergischen Oberämtern zur Frage des Zusammenschlusses von Baden, Württemberg und den Hohenzollernlanden Stellung. Das einleitende Referat hielt der Reichstagsabgeordnete Genosse G. d. Mannheim. Die Grenzverhältnisse in diesen Ländern wie das Schicksal Deutschlands überhaupt zwingen förmlich zu diesem Vereinigungswerk. Besonders die Grenzverhältnisse im Bezirk Pforzheim seien nicht nur unnatürlich, durch Willkürakte Papasens geschaffen, sondern unnützlich und der wirtschaftlichen wie kulturellen Hochleistung der Länder hinderlich. Was in den Tagen der Revolution hier versäumt worden sei, müsse nunmehr mit größter Mühe nachgeholt werden. Es sei höchste Zeit, die Grenzspalte zwischen Baden, Württemberg und Hohenzollern verschwinden zu lassen. Nur vierinhundert Millionen Einwohner zusammen in Baden und Württemberg leisteten sich zwei Staatsministerien, zwei Volksvertretungen, zwei Eisenbahngesellschaftsdirektionen, usw. Auch die Schweiz werde den Zusammenschluß dieser drei Länder begrüßen.

Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten dem Referenten in allen Teilen lebhaft zu. Sie beschloßen einstimmig, einen Arbeitsausschuß zu gründen, der aus badischen und württembergischen Genossen zusammengesetzt sein soll. Dieser Arbeitsausschuß soll unverzüglich die Arbeiten für den Zusammenschluß der drei Länder in Angriff nehmen.

Ferner nahm die Konferenz einstimmig eine Entschließung an, worin die Regierungen von Baden und Württemberg aufgefordert werden, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Vereinigung von Baden und Württemberg allerhöchstenfalls herbeizuführen.

Das Attentat auf Werk Unterspree.

Die kürzlich vor dem Sondergericht Berlin I stattgefundene Verhandlung gegen die Teilnehmer an dem Dynamitanschlag gegen das Kabinettwerk Unterspree hatte gestern noch ein Nachspiel vor demselben Sondergericht. Unter den damals Angeklagten befand sich auch der Former Ernst Heizer, gegen den das Verfahren ausgesetzt werden mußte, weil er einen Mißbehweis angetreten hatte. Er stand gestern unter der Anklage des Landesverrats, des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und des Verbrechens gegen das Entmännungsgebot. Der Angeklagte gab zu, daß er in dem Lokal Bergmannstraße 1, wo eine Bezirksverammlung der Kommunistischen Partei stattgefunden, verkehrt habe, bestritt aber, an dem Attentat irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Sili will er überhaupt nicht gekannt haben. In der Voruntersuchung hatte er Einzelheiten über das Aufstreuen Sills in jener Versammlung und dessen Aufforderungen, zur Unterstützung des kommunistischen Aufstandes in Mitteldeutschland große Betriebe zu sabotieren und den Generallandstreik herbeizuführen, bekundet, er behauptete aber gestern, daß diese Bekundungen nur die Vorhaltungen seien, die ihm der Kriminalkommissar gemacht habe. Er wies von dem Anschlag nichts und habe daran auch nicht teilgenommen. Die Mißbehweiser konnten beweisträchtige Bekundungen zugunsten des Angeklagten nicht machen, insbesondere machte die Frau desselben, die dafür benannt war, daß der Angeklagte in der kritischen Nacht im Hause gewesen war, von ihrem Recht zur Zeugnisverweigerung Gebrauch. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 5 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus und Zuchthausstrafe der Polizeiaufsicht.

„Wegen Versuches eines moralischen und politischen Mordes“ beantragen die ADP-Disten Psemseri und Kühle bei der Geschäftsordnungskommission des Preussischen Landtages Erlaubniserteilung, gegen den Landtagsabgeordneten Werner Schölem, den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Strafverfolgung einzuleiten. Bekanntlich war in der „Roten Fahne“ den beiden Antragstellern Unterschlagung von 60000 M. vorgeworfen worden.

Schule und Kunst.

In der Gemeindefesthalle zu Rankwih fand am Mittwoch nachmittags und während des ganzen Donnerstags bei starker Beteiligung eine Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer statt. Das Thema lautete: „Schule und Kunst“. Es handelte sich dabei nach Paul Destreches Einleitungsreden nicht etwa um eine Erziehung zur Kunst oder durch die Kunst im Sinne der alten Volksschule mit ihren wissenschaftlichen Zielsetzungen. Das wäre nur eine Verschiebung des Verirrtums auf ein anderes Gebiet, vom Verstand auf das Gefühl, von einem Spezialgebiet auf das andere. Dem Leben gilt es ans Tageslicht zu verhellen. Der Weg ist die Befreiung und Bekundung aller schöpferischen Kräfte des Kindes. Franz Hiltner, der Veranstalter der Tagung, warnte in seinem grundlegenden Vortrag vor der Verwechslung dieser Betätigung mit Kunst, dem Ausdruck eines reifen Menschen. Das Wesen des Kindes ist der Drang, sich allgemein, rein menschlich zu entwickeln. Und wenn dem jungen Menschen sein ganzer Mensch zum Bewußtsein kommt, kann er eine Arbeit leisten. Dann ist sie Ausfluß seines Lebens, und er kann sie als sein Leben lieben. Damit ist er erst fähig, seine Teilarbeit im ganzen zu leisten, damit wird seine Arbeit zur Arbeit an der Kultur, während die vergangene Epoche ihre mechanische Ausbildung einzelner Fähigkeiten auch mechanisch zusammenleiste mußte.

Nach Hiltners Vortrag zeigte der Kunstgelehrte Oscar Wulff sehr interessante Beobachtungen und Erklärungen der ersten zeichnerischen und plastischen Ausprägungen des Kindes.

Der Gesangslehrer Walter Kühn trat dafür ein, den Gesangsunterricht im oben erläuterten Sinne der Entwicklung des Lebens dienlich zu machen, und erwähnte, daß die bisher als Ziel angestrebte technische Fähigkeit im sinnvollen Unterricht auch sekundär und tiefer erreicht wird, als auf dem organischen Wege.

Der allgemeine Teil der Tagung wurde mit Siegfried Kaweravs Vortrag über Rhythmus beschlossen. Er fügte mehrere Demonstrationen ein, und seine Worte wurden selber rhythmisch überströmt von seinem Leben.

Darauf begannen die Vorschläge mit Otto Dikromskis Versuchen, die Marionettenbühnen dem kindlichen Gestaltungsdrang als eine ihm gemäße Arbeits-, Anschauungs- und Vergnügungstätte dienlich zu machen.

Erwin Hedemann zeigte an Hand zahlreicher Schülerarbeiten seinen Zeichenunterricht. Er gab damit ein klares Beispiel des neuen Lehrers, der dem Kinde alle Möglichkeiten zur Betätigung öffnet und freiläßt. Ihm gilt nichts wie die eigene Entwicklung des Kindes. Nur so, durch die organische Entwicklung aus sich heraus, können die Kinder sich der fremden Einflüsse wie ihrer eigenen Schulen entziehen.

Was Hedemann gelebt hatte, erläuterte Otto Möller, abgesehen von einigen Gegenständen zu ihm, unter Berücksichtigung der durch die psychologische Forderung festgestellten Entwicklungsstufen

des Kindes in seinem Vortrag über Ziele und Wege des Zeichenunterrichts.

Friedrich Höpfer veranschaulichte sehr klar das Verhältnis der Musik zur Kultur und damit den heiligen Stand des Volkes zur Musik. Ein formaufbauender Unterricht wird in der Musik wie auf anderen Gebieten immer erst möglich sein, wenn die Kultur eine gewisse Höhe erreicht hat, wo die Auseinandersetzung mit dem Sinn der Zeit schon eine gewisse Form angenommen hat. Heute, am Anfang einer Kulturperiode, ist lediglich ein neues Verhältnis des Lehrers zum Schüler möglich. Er kann nur fördern, indem er den Gestaltungsdrang des Kindes zu locken versucht. Wo der hin muß, weiß er ebenso wenig wie das Kind, als eine ältere Generation vielleicht weniger als das Kind.

Was Hedemann gelebt und Möller erläuterte, hat Wöde aus seiner Kulturauffassung heraus bewiesen.

Die Reihe der Reden war eröffnet worden durch den bedeutenden Vortrag von Heinrich Jacoby. Er ist bestrebt, das musikalische Ausdrucksvermögen der Menschen, das nach seinen Erfahrungen, abgesehen von einigen seltenen Ausnahmen, in allen Stadien, in gleicher Weise zu wecken, wie das im Wort bereits geschehen ist. Er wehrt dabei die Verwechslung zwischen musikalischem Ausdrucksvermögen und Kunst ab mit dem Hinweis auf den uns geläufigen Unterschied zwischen Wort und Dichtung.

Den Schluß der Tagung bildeten Versuche zum tiefsten Ausleben unserer Gestaltungskraft, dem Leben am nächsten, im eigenen Körper. Die Vorfahrungen der Schulen Dalcroze von Elisabeth Hajte-Kemmer und Rhoden-Langgaard von Grete Fuchs zeigten Wege, die erstere noch abhängig von der Musik, die zweite aus dem Körper selber heraus.

Destreich drückte die allgemeine Stimmung aus, als er die Tagung als ein Fest bezeichnete. Sie war keine Zusammenkunft Interessierter, kein Forscherkongreß, sondern es hatte sich eine Schar von Menschen zusammengefunden aus dem Bedürfnis nach dem Leben heraus. Ein solches organisches Ineinanderstreben von Menschen ist ein Fest, ein Erlebnis, eine Kundgebung der Liebe.

Konrad Diezwegang.

Lagore. Es gibt heute wenige Dichter, die zugleich nationale Künstler und Vertreter der Weltliteratur sind. Einer dieser wenigen ist Lagore, der indische Dichter, Denker und Seher, der am 7. Mai seinen 60. Geburtstag begeht. Lagores Wesen und Werk gehört heute der ganzen Menschheit an; in der alten wie in der neuen Welt werden seine Gedichte gemüht, seine Dramen aufgeführt, ist seine Weltanschauung den Suchern nach Wahrheit und Schönheit ein Wegweiser. Ein Zufall war es, der den Indier zur internationalen Bekanntheit machte: die Verteilung des Nobelpreises im Jahre 1913, veranlaßt durch sein erstes von ihm selbst in die englische Sprache übertragenes Gedichtbuch „Gitanjali“. Und doch hat dieser Zufall einen tieferen Sinn, denn wohl in keinem anderen Schriftsteller unserer Tage schlägt so das Herz der ganzen Welt, wie in diesem Sprach einer uralten Brahmanenfamilie, in dem die wunderbare Harmonie vergangener Kulturen neu erweckt ist. Über lange bevor er zum Weltdichter wurde, war Lagore bereits der Sänger seines

Volkes. Lagores Kunstschöpfung ist zum Volkslied geworden, und seine Verse werden vorgetragen, soweit die bengalische Sprache reicht. Wir haben nur einen blässen Abglanz dieser wundervoll tönenden Rhythmen in den Prosatexten, die uns nur den Inhalt, nicht die Form übermitteln können. Aber die innere Größe dieses Poeten offenbart sich darin, daß auch noch in so unvollkommener Wiedergabe die Kraft seines Erlebnisses ergreifend zu uns spricht. Lagore ist seiner Begabung nach Lyriker, aber er hat auch im Drama und in der Erzählung Großes geleistet, und nichts anderes führt uns so ein in die Welt indischer Denkens, wie seine Bühnenwerke, nichts bringt uns die Tragik des gegenwärtigen indischen Lebens so nahe, wie sein Roman, wie seine Novellen, die alle im heutigen Bengalen spielen. Und der Lyriker ist auch ein Seher und Prophet, der seine Religion des Friedens, der Freude und Menschenliebe in großartigen Reden und philosophischen Bekenntnissen niedergelegt hat, der als der Sprecher eines politisch unterdrückten Volkes zum „Gewissen der Welt“ geworden ist und gerade uns tief aus der Seele redet.

Der Kurt-Wolff-Verlag, der die deutsche Ausgabe von Lagores Schriften befragt, brachte zu seinem Geburtstag seine unter dem Titel „Sadhana“ (Der Weg zur Vollendung) gesammelten Abhandlungen oder Andachten heraus, worin er seine in altindischer Anschauung wurzelnden Gedanken über den Einzelnen und die Welt, die Selbstverwirklichung in Liebe, im Handeln u. a. darlegt.

Joah, der Friedensfreund. Zum Gedächtnis des Todestag Napoleons I. haben die „Times“ eine Sonderbeilage herausgegeben, die auch eine Studie aus der Feder des Marschalls Joah enthält. Der Verfasser beschäftigt sich zunächst mit der Frage, wie wohl Napoleon, wenn er aus seinem Grab im Invalidenhof erstanden wäre, die raffinierten modernen Kampfmittel zur Erreichung seines strategischen Endzwecks verwendet hätte. In der Folge untersucht dann Joah die Gründe, die den Fall Napoleons herbeigeführt haben. Er legt dabei der Tatsache, daß der Kaiser im Jahre 1814 bereits von der tödlichen Krankheit, der er erlag, ergriffen worden war, nur geringes Gewicht bei. Ueber den letzten Grund seines Falles äußert sich Joah in den Worten: „Er vergaß, daß ein Mensch nicht ein Gott sein kann, daß über dem Menschen die Moral steht, und daß der Krieg nicht das höchste Ziel sein kann, weil höher als der Krieg der Friede zu achten ist.“ Schade, daß Marschall Joah aus seiner schönen Theorie nicht die praktischen Folgerungen zieht. Oder ist die Vergewaltigung, Ausplünderung und Aushungerung eines Volkes nicht noch tausendmal unmoralischer als der verabscheute Krieg?

Vortragsabend. Von der Arbeiterkassenanstalt wird am Sonntag, 8. Mai, im Reissersaal ein Vortragsabend veranstaltet: Dichtungen von Bertolt Lorst.

Der Schriftsteller und unsere Zeit. In der vom Schuberband Deutscher Schriftsteller heute abend 8 Uhr veranstalteten öffentlichen Versammlung im früheren Herrenhaus spricht Adèle Schreiber über die „Proletarisierung des Geistes“, Dr. Dobbin über „Der Schriftsteller und der Staat“, Hans Koser über „Woll und Tuch“ und Koesel über die „Reichskulturabgabe“. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Als Verband der freien Bühnenkünstler haben sich die prominenten konstituiert. Also aus lauter Feindschaft gegen die Zwangsorganisation haben die Freiheitstreuer eine neue Organisation geschaffen und erheben auch schon Forderungen. Was rühme sich (in der Reichsversammlung), 20 Mitglieder zu haben und varietierte die alten Truben — zum Beweis dafür, daß diese Selbstern und Eingänger immer noch nicht wissen, was eine Organisation ist.

Groß-Berlin

Mietspreissteigerung . . . in dieser Zeit.

Man schreibt uns: In der vorigen Woche brachte der „Vorwärts“ die Mitteilung eines Mittagsblattes, nach der die Berliner Mieten um 50-60 Proz. erhöht werden sollten. Schon diese Nachricht allein wirkte alarmierend. Nun kommt die Nachricht, daß der in Sachen der Hochmieten von der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählte Sachverständigenausschuß einen Höchstmietenzuschlag von 100 Proz. vorgeschlagen habe. Ganz gleich, ob dieser wahnwitzige Vorschlag im Ernst gemacht worden ist oder nicht, es muß doch den Herrschaften, denen offenbar so sehr daran gelegen ist, daß die Öffentlichkeit in dieser Zeit durch solche Lärmschichten in Erregung versetzt wird, ein sehr ernstes und sehr eindringliches Wort gesagt werden. Wir sagten absichtlich: In dieser Zeit. Denn noch zittert in allen Menschen von Groß-Berlin die Erregung über die leider wieder notwendig gemordene Erhöhung der Preise für alle Verkehrsmittel nach. Zum Zerreißen sind die Nerven ob der auswärtigen Angelegenheiten angespannt. Dazu die allerpersönlichsten Räte: Arbeitslosigkeit, Invalvidität, Krankheiten aus dem Krieg, Verelendung der Kinder. Und in diese Stimmung hinein wird nun ein solcher Vorschlag gemacht. Sei es auch nur Vorschlag, er genügt, um die Empörung der Massen zur Siedehitze zu steigern. Denn was wäre die Folge, wenn der Vorschlag auch nur teilweise durchginge? Die bare blanke Unmöglichkeit Laufender von Proletarierfamilien, irgendeine Mieterhöhung zu zahlen. Weitere Folge: Brutale Ermittlungen. Letzte Folge: Kiesenhaftes Anwachsen der Unzufriedenheit und Verzweiflung und damit innerpolitische Störungen von unsehbarer Folgen. Hier an dieser Stelle wird die kommunale zu einer staatspolitischen Frage.

Aber die Hauswirte, sagt dieser und jener, können mitunter wirklich nicht mehr weiter. Wenn dem so ist, dann muß doch einmal gefragt werden: Wer trägt denn die Schuld daran, daß die Wirte alle ihre Reparaturen um ein Beträchtliches höher als im Frieden bezahlen müssen? Etwa die Masse des Volkes, die ihren ganzen Lebensbedarf um 1500-3000 Proz. teurer als im Frieden bezahlen muß, deren Einkommen aber nicht entfernt so gestiegen ist, daß sie diesen Lebensbedarf bezahlen kann? Wären die Hausbesitzer sich an die einzig Schuldigen an diesem ganzen unfasslichen Elend wenden, mögen sie sich an die deutschen Kapitalisten und Profitgünstigen wenden, die heute schon so weit sind, daß sie ihren Aktionären neue Aktien zum Nennwert von 1000 M. geben, die die Herren Aktionäre sofort, gemäß dem Börsenkurs, zu 6000 M. wiederverkaufen können, weil die Unternehmer nicht mehr wissen, wo sie mit den unermesslichen Reingewinnen hin sollen, denselben Reingewinnen, die alle Preise für Materialien so enorm gesteigert halten. Wenn die bürgerlichen Hauswirte weiter wie bisher die starken Erhöhen der Privatwirtschaft sind, dann sollen sie auch die Folgen tragen, die ihnen diese Wirtschaft aufbürdet. Die Massen der Bevölkerung, die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Lehrer und Geistesarbeiter sind am Ende ihrer materiellen Leistungsfähigkeit.

Der Prozeß gegen den Eden-Direktor. Birndörfer freigesprochen.

Die umfangreiche Beweisaufnahme fiel in der Frage der Beschuldigung wesentlich zugunsten des Angeklagten aus; es konnte nicht erwiesen werden, daß er durch Geld auf zwei Wachmeister eingewirkt habe, um eine Beschlagnahme von Schleichhandelswaren zu verhindern. Die in Frage kommenden beiden Beamten wiesen mit Entschiedenheit den Verdacht zurück, für diesen Zweck tätig gewesen zu sein, oder dafür auch nur einen Pfennig Geld erhalten zu haben. Auch andere Zeugen, auf deren frühere Aussagen die Anklage zum Teil beruhte, gaben diesen Befundungen eine dem Angeklagten günstigere Deutung. — Staatsanwaltschaftsrat Geny hielt den Beweis für das Vergehen der Bestechung für erbracht und beantragte 6 Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Friedemann erwiderte, es sei erstaunlich, daß der Staatsanwalt nach der heutigen Beweisaufnahme sich nicht dazu aufschwingen konnte, die Freisprechung zu beantragen. Die ganze Entwicklung dieser Strafsache und der gemachte Apparat, der vom Staatsanwalt in Bewegung gesetzt worden sei, erinnere doch sehr an das alte Wort: Parturient montes, nascetur ridiculus mus! (Die Berge treiben und ein Mäuschen wird geboren, oder kurz: Viel Lärm um nichts. D. Red.) — Rechtsanwalt Dr. Lisberg widerlegte in rechtlichen Ausführungen die Ansicht des Staatsanwalts, daß gegen den Angeklagten wegen der außerordentlichen Inanspruchnahme von Polizeibeamten, die nicht einmal bekannt seien, der Bestechungsparagraph angewandt sei. — Rechtsanwalt Köhler (München) schloß sich den Privatverteidigern an. — Das Gericht beschloß die Beerdigung der beiden als Zeugen vernommenen Polizeiwachmeister. Das Urteil lautete auf Freisprechung des Angeklagten, da er nach Ansicht des Gerichts zwar der Bestechung verdächtig sei, aber mangels Aufklärung verdächtigener Punkte nicht verurteilt werden konnte. Was gegen den Angeklagten festgestellt worden sei, reiche zur Anwendung des Bestechungsparagraphen nicht aus. Wenn der Angeklagte Polizeibeamte in Anspruch genommen habe, um Diebstähle zu ermitteln während ihrer dienstfreien Zeit, so sei darin Strafbares nicht zu erkennen.

Wag im Reisekoffer.

Ein schlauer, durch Zufall vereitelter Diebesplan führte die Kriften Wag und Paul Krundt vor die 1. Strafkammer des Landgerichts II. Wie die beiden Verbrecher in der Voruntersuchung eingestanden, hatten sie den Plan gefaßt, einen Eisenbahnabstich zu begehen. Sie besorgten sich, wie die Anklage nach diesem Geständnis behauptet, einen großen Reisekoffer; Wag Krundt legte in diesen allerlei Einbrecherwerkzeug, wie Stemmeisen, Dietriche, eine Laterne und Nahrungsmittel und ließ sich dann von seinem Bruder in den Koffer einschließen. Diesen Koffer gab Paul Krundt in Reutlingen auf einen Duplikatfrachtbrief nach Spandau auf und bezeichneter sich auf dem Frachtbrief als Empfänger. Wenn der Koffer mit dem darinliegenden Wag sich in dem Gepäckwagen befand, sollte Wag nach dem Plan den Koffer von innen öffnen, dann den Koffer mit Gepäckstücken des Eisenbahnwagens wollepacken und auf einer der beiden Wagen heimlich verladen. Dann sollte der Angeklagte Paul Krundt den mit den gestohlenen Sachen vollgepackten Koffer in Spandau in Empfang nehmen. Dem in den Koffer verpackten Wag passierte aber ein arges Mißgeschick: er bekam sein Gefängnis von innen nicht auf, die Luft wurde ihm knapp und knapper, so daß er schließlich ohnmächtig wurde. Im Güterschuppen in Spandau fanden den Bahnbeamten den Angeklagten in demüthigen Zustand vor. Er legte sich den Beamten gegenüber den Namen Wamel bei, der angeblich sein Künstlername sein soll. Paul hatte als angebliche Empfängerin des Koffers eine Frau Marie Schuster bezeichnet. Im Termin vor der Strafkammer widerriefen die Angeklagten vollständig die Geständnisse und behaupteten, daß es sich gar nicht um die Absicht handelte, einen Diebstahl zu begehen, sondern nur darum, eine neue Nummer für das Kriftenprogramm anzuprobieren. Sie blieben dabei, daß sie zu ihrem ersten Geständnis durch Mißhandlungen und Drohungen der Beamten gezwungen

worden seien. Angesichts dieser geänderten Haltung der Angeklagten hielt es der Staatsanwalt für dringend notwendig, den betreffenden Beamten Gelegenheit zu geben, sich gegen diese Vorwürfe zu wehren. Auch der Gerichtshof war dieser Ansicht und vertagte zu diesem Zweck die Verhandlung.

Die Fortsetzung unseres Romans mußte heute leider wegen Raummangel wegfallen.

Vermieth wird seit dem 2. Mai früh die 15/jährige Kontoristin Dora Ratheius, die bei ihren Eltern Kaulsdorfer Damm 3 wohnte. Sie wurde am Großen Schauspielhaus in der Richtung der Karlstraße zuletzt gesehen. Die Vermißte ist 1,72 Meter groß, schlank und war mit einem feldgrauen Mantel, schwarzen Strümpfen,

Maijugendtag

Sonntag, den 8. Mai 1921 in Kaulsdorf-Süd, Restaurant Sanssouci.

Wir demonstrieren für Jugendbeschäftigung — Jugendrecht für Umgestaltung der Fortbildungsschule für Erhaltung des Lichtsonnentages

Treffpunkte siehe unter Jugendveranstaltungen

Verein Arbeiter-Jugend Gr. Berlin NW. 40, In den Zeiten 23

halbhohen Schnürstiefeln, kurzem dunkelblauen Rock, blaueidener Bluse mit hellen Ärmeln und einem kleinen schwarzen Kreuzerhut. Besonders Kennzeichen: im rechten Oberstier zwei senkrecht übereinander stehende Zähne, welche besonders beim Lachen sichtbar werden. Es wird berichtet, daß das junge Mädchen bei ihrer Willensschwäche in schlechte Umgebung gerät oder irgendetwas verborgen gehalten wird. Mitteilungen über die Vermißte nehmen die Volkspolizei, sowie die Eltern entgegen. Unkosten werden reichlich vergütet.

Für Pausen. Eine am Mittwoch abend veranstaltete Elternversammlung der 161. Gemeindegemeinschaft, Georgenkirchstr. 2, beschäftigte sich mit dem bekannten Schulprogramm des Oberstadtschulrats Pausen. Trotdem dem Referenten des Abends, Genossen Harrer Meier, ein Korrespondent in der Person eines Oberlehrers Dr. Reumann entgegenstand, der nach der Manier und mit dem Material des Reichslügenverbandes zur Betämpfung der Sozialdemokratie seligen Andenkens verfuhr, die geistigen Führer der Sozialdemokratie herunterzureihen, und trotzdem ein heiliges Mitglied des Elternbeirats nach Kräften seine Getreuen herangeschleppt hatte, gelangte in der äußerst gut besuchten Versammlung gegen nur 3 Stimmen eine Entschließung zur Annahme, die sich für Pausen ausdrückt.

Eine Anregung des Genossen Reppenbogen, Listen auszugeben zur Einzelzeichnung für die weltliche Schule, wurde mit Jubel aufgenommen und der Wunsch ausgesprochen, daß die 161. Gemeindegemeinschaft als erste weltliche Schule im Verwaltungsbereich Friedrichshagen in Betracht kommen möge. Listen für diesen Zweck liegen aus beim Genossen Reppenbogen, NO. 18, höchste Str. 4. Alle Eltern des Nordostens, die für die weltliche Schule eintreten, werden gebeten, sich in dieser Liste baldmöglichst einzugehen.

In der Bezirksversammlung des Bezirksamts IV (Prenzlauer Tor) am 4. Mai wurde die nunmehr befähigten besoldeten Stadträte eingeführt. Anträge, die darauf hinzielten, daß die Besetzung von Schulräumen, Kassenzimmern und Turnhallen durch Kommissionen, Rassenprüfungen usw. endlich beseitigt wird, fanden einstimmige Annahme. Ebenso einstimmig stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß die gärtnerischen Anlagen in den Hauptstraßen und den Plätzen des Bezirks wieder insandgeführt werden müssen, damit diese der Bevölkerung zur Erholung zur Verfügung stehen. Dem Bezirksamt stehen ab 1. Mai 1921 noch 10 Räume und Keller im Sognogengebäude der Jüdischen Gemeinde in der Rolestraße 54 zur Verfügung. Die Versammlung genehmigt den Mietvertrag, der bis zum 31. März 1924 festgesetzt ist. Das Grundstücksangebot Friedrichshagen Str. 79/80 wird abgelehnt. Später sollen Räumlichkeiten für das Bezirksamt im neuen Schulgebäude Danziger Straße bereitgestellt werden. Auch damit erklärt sich die Versammlung einverstanden. Zugestimmt wird dem Ausschuhentwurf, daß die Verwaltungsdeputationen aus 4 Stadträten, 9 Bezirksverordneten und 8 Bürgerdeputierten bestehen sollen. Einstimmig wird Einspruch dagegen erhoben, daß Herr Hartmann wieder als Leiter der 7. Wohnungsinspektion fungieren soll, da er das Vertrauen der Bezirksverordneten und der Wohnungsuchenden nicht besitzt.

Neue städtische Verkaufsstellen. Außer den bisherigen Verkaufsstellen für städtisches Fleisch richtet der Magistrat jetzt noch neue Verkaufsstellen ein, die ausschließlich für den Verkauf von städtischen Fleischwaren bestimmt sind. Zunächst werden Ende dieser Woche nachstehende Verkaufsstellen eröffnet: Markthalle II, Lindenstraße, Stand 83/84; Markthalle V, Roggeburger Platz, Stand 20 und 18; Markthalle VIII, Andreasstraße, Stand 54; Markthalle X, Arminiusplatz, Stand 60; Markthalle XI, Wartheindepark, Stand 77. Die Ware wird zu denselben Preisen wie in den bisherigen städtischen Fleischständen abgegeben. Mit Rücksicht auf die besondere Preiswürdigkeit und gute Qualität der Vorräte, und zwar besonders des Corned Beef als Brodbelag wird die Bevölkerung auf diese neue Einrichtung hingewiesen.

Selbstmord durch Erschleichen beging Freitag nachmittag aus bisher unbekanntem Gründen auf dem Oberdatorium zu Potsdam der dort seit über 20 Jahren angestellte 55jährige Kastellan Wag Fischer.

Der Wintergarten gibt seinem Maiprogramm eine besondere musikalische Note. Es wird reichlich und vor allen Dingen nicht schlecht gefungen. Besonders reizvoll sind die musikalischen Sätze, die Harry Hauptmann am Flügel interpretiert und in denen er alles so ziemlich gelungenen Nachweis bringt, daß auch in der Musik schon dagewesen ist und daß der neueste Gassenhauer irgendeinem bekannten Volkslied sehr „wahrerwandl“ ist. Als Strophenfänger produziert sich das Melani-Duo, wobei der größte Erfolg auf das Konto der Geisteserleiden des nichtsingenden männlichen Partners kommt. Den breitgeleitenden Humor der ganz eigenen Wä Bois hervorzuheben, ist heute nicht mehr nötig; er wirkt durch sich selbst. Gut gestellt ist ein musikalisches Epigramm, dem man nur verleiht, daß es ohne nationalstiftliche Rücksicht zu wirken vermag. Ferner hat sich der Wintergarten wieder Maria Warhuus und Frau Gadesco vertrieben, deren ganz auf edelsten Stil gestellte Tänze es in diesem Rauchtheater (die Bühne schwamm in blauem Dunst) es leider nicht zu der verdienten nachhaltigen Wirkung bringen können. Kritisch sehr gut war der Trapesakt der Schwestern Margot, der Sportact der Drei Thomas und der Springer auf rollenden Hältern Fred Chassey. Eine prächtige Parodie auf das Kitzelkennium lieferte Revix mit dem hübschen Simple.

Jules Carl Hagenbed. Die Leiter des Zirkus Carl Hagenbed können mit Genugthuung feststellen, daß ihre Darbietungen, nach dem Erfolg der Eröffnungsvorstellung berechnet, hier die denkbar gün-

stigste Aufnahme finden. Namentlich sind die Freiheitsdresuren des Direktors Orlando aus Stockholm als erstklassig zu bezeichnen. Auch ganz ruhig, mit Lust und Liebe arbeiten die Elefanten, die Carl Herbig vorführt. Desgleichen ist die Luftnummer hervorragend, denn die 5 Artanis, die mit einer verblüffenden Leichtigkeit arbeiten, sind unbedingt freis von Beifalls sicher. Die Geschwister Kieffensch sind ausgezeichnete Akrobatinnen zu Pferde, während die Familien Orlando-Barenco waghalsige Kunststücke auf ungefalteten Pferden zeigen, die, nur auf der Erde aufgeführt, auch bereits eine Programmnummer ausmachen würden. Ansprechend ist ferner der Kraftakt der Parker-Familie an römischen Ringen. Die 4 Willons zeigen tatsächlich Höchstleistungen in plastisch-akrobatischer Kunst.

Männergesangsverein „Liedertafel Berlin-West“ (M. d. M.-S.-B.) veranstaltet am Sonntag, den 8. Mai, nachm. 4 Uhr, im Reichspal. Potsdamer Straße, eine Gesangsaufführung. Das Volkslied bildet einen wesentlichen Teil des Programms. Der Verein nimmt auf der Rampe vor dem Kammergericht Aufstellung. Bei Regenwetter fällt die Veranstaltung aus.

Mitt. Am Sonnabend, den 7. Sonntag, den 8., und Montag, den 9. d. M., werden die „DI“-Karten mit je 4 Liter, die „DII“- und „DIII“-Karten mit je 4 Liter Frischmilch beliefert. An den gleichen Tagen werden die 4-Liter-Kranken- und Alterskarten mit Frischmilch beliefert mit Ausnahme der Bezirke I, II, IV, V und IX. Als Ersatz für die ausfallende Frischmilch wird in diesen Bezirken 4 Liter Emmentalerbutter herausgegeben. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden, soweit sie nicht bereits dem Reichamt Berlin angeschlossen sind.

Filmschau.

Danton. Mit einigen guten Willen konnte man erkennen, daß zwar etwas dünn und mager, aber doch immerhin es die Parcellaire war, die sich da mühsam aus dem Orchester des Hippodroms am See zu Ehren des neuen Filmes „Danton“ lockte. In prachtvollen Photographien von Fred Birag, geschmackvoll gerahmt, rollten sich die Bilder der französischen Revolution ab. Der Dreikampf zwischen Danton und Robespierre geschichtlich sehr frei behandelt. Der Film läßt Danton sprechen: „Genug der Revolution! Jetzt ist die Republik aufbauen.“ Robespierre eifersüchtig auf Danton, auf den Tod bedingt von ihm, getrieben von St. Just, getrieben von antiken Elementen, will die Revolution weiterführen. Daraus entsteht der Konflikt. Die edelsten und höchsten Revolutionsgedanken waren Friedrich Kühne als öffentlicher Ankläger, Hugo Dablin als Danton, Max Delschaff als Robespierre. Besonders Kühne in einer ganz einzigartigen Rolle und Geste, Fanatiker der Revolution, das verunsicherte Volksgewissen, in sein furchtbares Amt gemischt die jahrhundertalte Qual des Volkes. Heber Janning als Danton, Werner Krauß als Robespierre, rechtstreffend das. Die Regie führte Dimitri Buchowetzki. Er arbeitet mit Großaufnahmen. Die Rollen beherbergt er nicht. Publikum befehle sie, Buchowetzki kommandiert sie durch Regiephon. Der Film ist insofern ein guter Film, als er wirklich nur Bilder bringt und kein Drama. Kein Gedanke, daß er das, was wir französische Revolution nennen, wirklich erschöpft. Aber er ist sehenswert, auch für unsere Jugendlichen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Sonnabend, den 7. Mai:

- 1. Abt. 7 1/2 Uhr bei Riedel, Steinmetzstr. 26a, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsvertrauensleute.
2. Abt. 7 1/2 Uhr bei Geige, Blumenstr. 28, Vorstandssitzung.
3. Abt. 7 1/2 Uhr bei Geige, Blumenstr. 28, Vorstandssitzung.
4. Abt. 7 1/2 Uhr bei Geige, Blumenstr. 28, Vorstandssitzung.
5. Abt. 7 1/2 Uhr bei Geige, Blumenstr. 28, Vorstandssitzung.
6. Abt. 7 1/2 Uhr bei Geige, Blumenstr. 28, Vorstandssitzung.
7. Abt. 7 1/2 Uhr bei Geige, Blumenstr. 28, Vorstandssitzung.
8. Abt. 7 1/2 Uhr bei Geige, Blumenstr. 28, Vorstandssitzung.
9. Abt. 7 1/2 Uhr bei Geige, Blumenstr. 28, Vorstandssitzung.
10. Abt. 7 1/2 Uhr bei Geige, Blumenstr. 28, Vorstandssitzung.

Morgen, Sonntag, den 8. Mai:

- 1. Kreis Tiergarten. Der Kreisvorstand ersucht die Eltern des Kreises, ihre Schulkinder am Demonstrationstag der Schulferien vormittags teilnehmen zu lassen.
2. Kreis Tiergarten. Der Kreisvorstand ersucht die Eltern des Kreises, ihre Schulkinder am Demonstrationstag der Schulferien vormittags teilnehmen zu lassen.
3. Kreis Tiergarten. Der Kreisvorstand ersucht die Eltern des Kreises, ihre Schulkinder am Demonstrationstag der Schulferien vormittags teilnehmen zu lassen.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Sekretariat: NW. 40, In den Zeiten 23. Maijugendtag 1921.

Die Abteilungen treffen sich zur Demonstration im Lustgarten!

- Abteilung 1: 10 Uhr Lustgarten.
Abteilung 2: 10 Uhr Lustgarten.
Abteilung 3: 10 Uhr Lustgarten.
Abteilung 4: 10 Uhr Lustgarten.
Abteilung 5: 10 Uhr Lustgarten.
Abteilung 6: 10 Uhr Lustgarten.
Abteilung 7: 10 Uhr Lustgarten.
Abteilung 8: 10 Uhr Lustgarten.
Abteilung 9: 10 Uhr Lustgarten.
Abteilung 10: 10 Uhr Lustgarten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsgeldbesitzer. Aufgeklärter Arbeiter und Kriegsgeldbesitzer. Reichsbund der Kriegsgeldbesitzer. Aufgeklärter Arbeiter und Kriegsgeldbesitzer. Reichsbund der Kriegsgeldbesitzer. Aufgeklärter Arbeiter und Kriegsgeldbesitzer.

Aktiva	M.	Pf.
Grundstücke und Gebäude	3 752 595,75	—
Maschinen	835 322,00	—
Modelle	3,00	—
Kasse	150 123,51	—
Effekten und Beteiligungen	3 145 841,65	—
Hypotheken	22 963,20	—
Schuldner	41 171 959,85	—
Bürgschafts-Verrichtungen	M. 9 171 913,38	—
Konto der Kap.-Erh. 1921	11 500 000,00	—
Vorräte	63 096 257,04	—
Vortrags-Posten (Interims-Konto)	275 483,16	—
	114 450 549,17	—

Passiva	M.	Pf.
Aktien-Kapital	15 000 000,00	—
4 1/2 % Teilschuldverschreibungen	12 000 000,00	—
Gesetzliche Reserve	2 724 631,35	—
Reserve-Fonds II	2 500 000,00	—
Rücklage für Talon- und Grunderwerb-St.	130 000,00	—
Beamten- und Arbeiter-Unterstützungs-Fonds	1 491 806,04	—
Hypotheken	300 000,00	—
Nicht abgegebene Dividende	36 728,00	—
Zurückgestellte Zinsen für Teilschuldverschr.	172 557,75	—
Gläubiger einschl. Anzahlungen	69 391 043,21	—
Bürgschafts-Verrichtungen	M. 9 171 913,38	—
Konto der Kap.-Erh. 1921	11 500 000,00	—
Vortragsposten (Interims-Konto)	3 770 585,07	—
Erforderliche Rückstellungen	730 570,18	—
Gewinn aus 1920	3 203 490,37	—
einschl. Vortrag aus 1919	2 244 925,03	—
	114 450 549,17	—

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1920

Soll	M.	Pf.
Abschreibungen	1 220 913,88	—
Unkosten der Zentralverwaltung	4 952 116,85	—
Zinsen für Teilschuldverschreibungen	400 000,00	—
Gewinn	3 202 490,37	—
	8 780 520,10	—

Haben	M.	Pf.
Vortrag aus 1919	244 925,03	—
Überschuß	8 535 595,07	—
	8 780 520,10	—

Die in der heutigen Generalversammlung auf 12 Proz. festgesetzte Dividende für 1920 gelangt von heute ab bei der Anhalt-Dessauischen Landesbank in Dessau, Berliner Handels-Gesellschaft in Berlin, Deutschen Bank in Berlin, Dresdner Bank in Berlin, C. Schickinger-Fischer & Co., Commandit-Gesellschaft auf Aktien in Berlin, dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln und Düsseldorf, Bankgeschäft A. Levy, Köln, gegen Auszahlung des Gewinnanweises für 1920 zur Auszahlung, 1921, Berlin, den 3. Mai 1921. Der Vorstand.

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
HERREN - DAMEN -
Anzüge, Hosen, Paletots, Kostüme,
Sport-Paletots, Röcke, Kleider,
Burschen-Anzüge
Gute Ware - Solide Preise - Große Auswahl
M. Beiser, Lohringer Str. 67

Mode- und Sportkleidung

angefertigt in eigenen Werkstätten nach neuesten Modellen.

Herren-Anzüge Herren-Sportanzüge

der Maßarbeit ebenbürtig, nach neuesten Modellen verfertigt, in hellen u. dunklen Farbestellungen, in erstklassigen Qualitäten

Serie V Serie IV Serie III Serie II Serie I
990 825 780 690 590

Schlüpfer, Raglans

Paletots in modernsten Stoffen und Fassons, beste Verarbeitung bei tadellosem Sitz; aus Homespun, Cheviot, Covertcoat usw.
M. 900, 750, 600, 500

Jünglings-Anzüge

sehr guter haltbar. Qualität, hell u. dunkel, gestreift und kariert, modernste Herstellungsart
M. 540, 500, 465, 410, 340, 300

Knaben-Stoffanzüge

neueste Formen, geschmackvolle, moderne Ausführl. in haltbaren Qualitäten und schönen Mustern
M. 210, 190, 160, 130, 105, 94, 85

Knabenhosen

aus haltbaren Stoffen von... **M. 28 an**

Anfertigung nach Maß, eleganter Sitz, erstklassige Verarbeitung!
Stoffverkauf an Schneider, Händler und Private!

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** **Keine** Filialen mehr
In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen! **Nur Chausseestraße 29-30** In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen!

Allgem. Ortskrankenkasse für Berl.-Mariendorf u. Umg.
Bekanntmachung.
Auf Grund des § 7 der Satzung sind für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1925 zu wählen:
15 Arbeitgeberelectoren und 30 Arbeiter-electoren und 30 Arbeiter-electoren
Die Arbeitgeber wählen am Montag, den 20. Juni 1921 von 10 bis 12 Uhr im Rassenlokal, Mariendorf, Chausseestraße 20, die Vertreter wählen am Dienstag, den 21. Juni 1921 von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags im Spießhof am dem Fabrikgrundstück der Firma Polster-Maschinen-Gesellschaft in Berlin-Mariendorf und im Restaurant "Alter Gehhof" in Berlin-Mariendorf, Dorfstr. 1.
Die Wahlberechtigten werden hiermit anzufragen, Wahlberechtigte sind für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1925 dem Rassenlokal einzureichen. Die Wahlberechtigten der Arbeiter-electoren müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten mit zusammen 30 Stimmen, die Wahlberechtigten der Arbeitgeber-electoren mindestens 30 Wahlberechtigten unterschreiben. Die Wahlberechtigte sind an diese Wahlberechtigte gebunden.
Die aus den eingereichten Wahlberechtigten sich ergebenden Anträge müssen bis zum 4. Juni er. befristet sein.
Die Arbeitgeber- und Arbeiter-electoren sind von 8 bis 1 Uhr im Rassenlokal einzureichen. Die Arbeiter-electoren sind von 8 bis 1 Uhr im Rassenlokal zur Eingabe.
Auf die einschlägigen Bestimmungen der Satzung und Wahlordnung wird besonders hingewiesen.
Der Wahlvorsitz ist dem die Wahl- und Stimmabgabe jedes Wählers zu stellen und wird dabei die rechtzeitige Befreiung eines Auswärtigen empfohlen.
Berl.-Mariendorf, 4. Mai 1921.
Der Rassenvorstand.
Eng. Leip, Vorsitzender.
Wächter, Schriftführer.

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Bar oder Teilzahlung
bei kleinster An- u. Abzahl.
Koloniale Cedingerregal
Bgl. Wohnungseinrichtung.
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärtig.
Lagerung kostenlos.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 50
3 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
3 Min. v. Bf. Gesundbr.

Metallankaufsstelle
Osten, Grüner Weg 4
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Reste-Haus C. Pelz
Kottbuser Str. 5
Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seldanstoffe
Mäntel
Kostüme
Röcke
Gut, real, billig!

Werkzeugen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandisen,
Gas-, Ziehlöhre, T-Träger, U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Droskenstr. 12,
Hauptplatz 13072, Ed. Balthasarstr. Hauptplatz 13076.

Wir beweisen die Macht unserer Leistungsfähigkeit!

Bil ige Pfingst-Angebote!

- Blusen** aus Batist und Volla, weiß und farbig, 29.75, 24.50, **16⁷⁵**
- Blusen** aus Voll-Volla, weiß ein- und Ansätze, u. farbig, mit Spitze, 78.50, 59.50, **39⁰⁰**
- Blusen** aus prima Voll-Volla mit echt Filz-Mantel, neuere Jabots, 172.00, 132.50, **119⁰⁰**
- Röcke** aus schwarz-weiß kar. Stoffen, neuere Form, die große Mode, 99.00, 89.50, **39⁰⁰**
- Röcke** aus Frotté, weiß, farbig und gemustert, neuere Formen u. Garnierung, 118.00, 79.50, **49⁰⁰**
- Jumper** aus Wollstoffen od. Kunstseide, schicke Form, 1. all. neuen Farb., 249.00, 179.00, **125⁰⁰**
- Sportjack.** Kunstseide, farb. Form, 1. all. Farb., 289.00, 249.00, **175⁰⁰**
- Kleider** weiß u. farbig, einstück, Ausführl. mit Stück u. Spitzengarnier., 125.00, 99.50, **79⁰⁰**
- Kleider** aus prima Voll-Volla in sportesten Ausführl., 279.00, 199.00, **148⁰⁰**
- Mantelkleider** aus gut. woll. Stoff., hell und dunkel, mit reichen Stickereien 279.00, 259.00, **175⁰⁰**
- Mäntel** aus neuem Phantasie-stoff., Jacobs Formen mit farb. Stickereien, 279.00, 199.00, **148⁰⁰**
- Tuchmäntel** aus Woll-, Seide-, oder Faltengarn., 379.00, 499.00, **375⁰⁰**
- Covertcoat** die große Mode, mit Knopfgarnierung od. Stepperei., 399.00, 299.00, **195⁰⁰**
- Regenmäntel** imprägniert, wetterfest, offen und geschlossen zu tragen, in viel. Farb., 299.00, 249.00, **175⁰⁰**
- Kostüme** blau, schwarz und farbig, schick. Form, in mannigf. Auswähl 299.00, 279.00, 259.00, **195⁰⁰**

Große Spezial-Abteilungen für **Kinder- u. Backfisch-Konfektion**
Kleider u. Mäntel
für jed. Alter u. in jed. Geschmacksrichtung in enormer Auswahl zu sehr billigen Pfingstpreisen!
EXTRA-ANGEBOT
Dirndl-Kleid mit Schürze aus Wasch-Muslin, wie Abbildung Größe 46 (jede weitere Größe + 4.00) **34⁵⁰**

195.- **125.-** **275.-**

bestet diese elegante **Frottékleid** in weiß, rosa und hellblau wie Abbildung.
bestet diese schicke **Rips-Waschkleid** selbstgeknüpft, in marine-rosa, hellblau und rot wie Abbildung.
bestet diese rasche **Frottékleid** in sportig breiten, offen und geschlossen zu tragen, wie Abbildung.

Der Aufstand in Oberschlesien.

Kreis Brieg bedroht.

Breslau, 6. Mai. (WIB.) Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Oppeln: Die polnischen Insurgenten drängen bis zur Grenze des Kreises Brieg vor und eissen die Gewalt in den Dörfern an sich.

(Der Aufstand ist damit weit über die Grenzen der sogenannten Korfantsy-Linie in reindeutsches Gebiet getragen worden.)

Oppeln, 6. Mai. (WIB.) Nach den am 6. Mai abends vorliegenden Nachrichten ist die Lage im Aufstandsgebiet unverändert ernst. Die polnischen Insurgenten versuchen immer noch, nach Norden hin Boden zu gewinnen. Nachdem Groß-Strechlich von den Aufständischen wieder geräumt worden ist, werden nunmehr Angriffs vorbereitungen der Aufständischen in der Richtung Kosel und Dechnitz festgestellt. Infolge erneuter Störungen im Fernsprechnetz liegen aus dem Zentral- und Südwort nur wenig Meldungen vor. In Hindenburg haben Plünderungen der Lebensmittelgeschäfte stattgefunden. Nachdem in den ersten Tagen die am polnischen Aufstand beteiligten altpolen polnischen Soldaten meistens Zivilkleidung getragen haben, wird diese Vorsichtsmaßregel jetzt nicht mehr beachtet, sondern es sind zahlreiche Aufständische in der Uniform der polnischen Armee festgestellt, die mit polnischen Militärkraftwagen überall im Lande Requisitionen vornehmen. Die Werbungen unter der deutschen Bevölkerung für die Abstimmungspolizei haben bisher sehr guten Erfolg gehabt.

Le Rond gegen die deutsche Freiwilligenwerbung?

Breslau, 6. Mai. (WIB.) General Le Rond soll, wie verlautet, den Aufruf zur Sammlung deutscher Freiwilliger rückgängig gemacht haben. — Der Leiter der Castellengrube, ein Bergassejor, wurde am Mittwoch mit einem Kopfschuß in einem Graben aufgefunden. Die Aufständischen bereiten die Ueberführung des Schwerverletzten in die chirurgische Klinik in Beuthen ernste Schwierigkeiten.

Entschliebung der freien Gewerkschaften Schlesiens.

Breslau, 6. Mai. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Breslauer Gewerkschaftshaus fand Freitag eine Zusammenkunft der Funktionäre der freien Gewerkschaften aus ganz Schlesien statt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Leipart über die neue Schlichtungsordnung. In Anbetracht der Lage in Oberschlesien fand aber vorher in Anwesenheit von Vertretern der Sozialdemokratischen Partei und Genossen in verantwortlichen Stellungen eine ausführliche Besprechung der Maßnahmen statt, die in der oberschlesischen Frage von deutscher Seite getroffen werden könnten. Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß die Pflicht zur Niederschließung des polnischen Putzsches bei der Interalliierten Kommission liegt. Nachdem aber am Donnerstag die Interalliierte Kommission in verschiedenen Orten Oberschlesiens deutschen Arbeitern Waffen überlassen hat und in anderen Städten deutschgesinnte Oberschlesier in die Abstimmungspolizei einstellte, wurde eine Entschliebung angenommen, die etwa das Folgende besagt:

Die freien Gewerkschaften ganz Oberschlesiens schließen sich der Kundgebung der oberschlesischen Gewerkschaften und der schlesischen Sozialdemokratie an die Interalliierte Kommission an. Sie billigen es auch, auf eine eventuelle Aufforderung der Interalliierten Kommission hin, daß die Genossen in verantwortlichen Stellungen sich an der Werbung von deutschen Freiwilligen für die Abstimmungspolizei beteiligen. Schließlich fordert die Entschliebung noch die Gewerkschaften und die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter und Angestellten auf, sich für diese Zeit der Abstimmungspolizei zur Verfügung zu stellen.

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die gegenwärtige Lage in Oberschlesien keinesfalls zu vergleichen sei mit dem Einmarsch regulärer Truppen unter Einwilligung der Entente, wie er bei den Sanktionen in Frage kam. Es handelt sich nach den Berichten der oberschlesischen Gewerkschaftsvertreter um wilde Bändenkämpfe. Es wurde allerdings von verschiedenen Seiten angenommen, daß der Donnerstag nacht in Oppeln eingetretene General Le Rond die Aufforderung der Interalliierten Kommission zum Eintritt in die Abstimmungspolizei an die deutschgesinnte Bevölkerung wieder rückgängig machen würde. Die Konferenz war der Ansicht, daß, falls diese Erwartung eintritt, keine Beteiligung an der Niederwerfung des Putzsches in Frage käme.

„Wegen die verbrecherischen Absichten der Entente ...“

Warschau, 6. Mai. (WIB.) Die Nationale Arbeiterpartei hat einen Aufruf erlassen, in dem sie auffordert, den oberschlesischen Brüdern zu Hilfe zu kommen. Der Plan aller Polen sei in den Reihen der ausländischen oberschlesischen Armee. Das polnische Volk müsse den verbrecherischen Absichten der Entente bewaffnete große Anstrengungen entgegensetzen. Der Aufruf schließt: „Es lebe der oberschlesische Aufstand! Zu den Waffen!“

Es ist bezeichnend, daß ein Polenblatt in Warschau, der „Kurjer Poranny“, seine Verwunderung über die Zusammenstöße zwischen polnischen Insurgenten und alliierten Truppen damit begründet, daß die Bevölkerung von maßgebender alliierter Seite zu einem bewaffneten Hervortreten ermächtigt und ermuntert worden sei.

Tiefer Eindruck in Italien.

Mailand, 6. Mai. (EP.) Die blutigen Vorfälle in Oberschlesien mit den Italienern haben hier einen tiefen Eindruck gemacht. Der politische Mitarbeiter des „Corriere della Sera“ verlangt, daß die italienische Regierung sowohl in Warschau als auch bei den Alliierten energisch gegen den Ueberfall auf die italienischen Truppen in Oberschlesien protestiert. Da polnische Offiziere die polnischen Bänder anführen und ihnen Waffen verschaffen, handle es sich nicht um eine Revolte, sondern um eine militärische Aktion, deren Vorbereitung von der Warschauer Regierung nicht bestritten werden könne. Die andauernden Ansammlungen von Truppen an der oberschlesischen Grenze beweisen klar, daß die polnische Regierung von den Plänen Korfantsy wohl unterrichtet gewesen sei. Polen wolle in Oberschlesien den Streich aus Wina wiederholen. Die Amtsenthebung Korfantsy würde wie damals für General Zeligowski nur ein Mittel, um den Aufständischen freie Hand zu geben. Italien sei bei den Alliierten vorstellig werden, weil nicht alle von ihnen ihre Aufgabe gleich unparteiisch ausgeführt hätten.

Verpflegungsschwierigkeiten.

Kattowitz, 6. Mai. (TII.) Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, fängt der Proviant der hiesigen Besatzungstruppen bereits an knapp zu werden. Ebenso macht sich in Kattowitz selbst ein großer Mangel an Lebensmitteln bemerkbar.

Stettin, 6. Mai. (TII.) Auf dem hiesigen Rangierbahnhof stehen 6 Waggons Lebensmittel der französischen Besatzungsbefehlsbehörde, welche bemacht werden. Die Besatzungstruppe ist halb am Ende ihres Verpflegungsvorrates.

Deutsche Note über Oberschlesien.

Regierungserklärung und Tumult im Reichstag.

Der Reichstag war gestern Schauplatz stürmischer Szenen. Herr Fehrenbach gab über Oberschlesien eine Erklärung ab, die von der äußersten Linken so aufgefaßt wurde, als ob er der interalliierten Kommission mit dem Einmarsch der Reichswehr drohe, falls sie nicht in kürzester Frist wieder Ordnung schaffe. Das Gute an der Erklärung ist, daß sie nicht so aufgefaßt werden muß, das Schlimme, daß sie so aufgefaßt werden kann. Grundsätzlich kann keine deutsche Regierung an eine solche Torheit denken. In dem Augenblick, in dem der erste deutsche Reichswehrsoldat, ohne von der interalliierten Kommission gerufen zu sein, in Oberschlesien auftaucht, wäre der Bund der polnischen Insurgenten mit der polnischen Regierung und dieser beiden mit der Entente offen wiederhergestellt. Alles würde sich gegen Deutschland wenden. Oberschlesien würde Nordfrankreichs Schicksal erleiden und als Trümmerhaufen an Polen fallen.

Es war ein grober Fehler, daß Fehrenbachs Erklärung diese unmögliche Möglichkeit nicht klar und bündig ausschloß.

Genosse Hermann Müller stellte fest und Fehrenbach bestätigte, daß ohne Zustimmung des Reichstags Reichswehr in Oberschlesien nicht eingesetzt werden darf. Der Reichstag aber wird, wenn er bei Sinnen ist, die Zustimmung zur Einsetzung der Reichswehr nur dann erteilen, wenn sie im Einverständnis mit der interalliierten Kommission, nicht aber gegen deren Einspruch erfolgt.

Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit zu wilden Radauszenen, denen der Präsident Löbe ein Ende machte, indem er die Sitzung kurzerhand schloß. Jetzt verteilen sie in den Straßen blödsinnige Flugblätter, in denen die Arbeiter aufgefordert werden, sich dem „neuen Krieg“ und der „Zwangsmobilisation“ zu widersetzen. Herr Fehrenbach sieht gerade so aus, als ob er einen neuen Krieg wolle! An die Zwangsmobilisation denkt kein Mensch. Kein vernünftiger Arbeiter wird den Unfug der Radaubrüder ernst nehmen, die gestern noch den zweiten Weltkrieg — mit Sowjetrußland gegen die Entente predigten und sich heute als die Hüter des Weltfriedens in Empfehlung bringen.

Die Sozialdemokratische Partei aber muß aus dem Posten sein, um zu verhindern, daß aus unglücklichen Regierungserklärungen neue äußere Schwierigkeiten erwachsen!

Heute vormittag tagt der Auswärtige Ausschuss. Der Reichstag tritt erst am Montag wieder zusammen.

Die gestrige Reichstagsitzung eröffnete Präsident Löbe um 3 Uhr 30 Minuten.

Engegangen ist die Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in den Bezirken Düsseldorf, Arnberg und Münster.

Präsident Löbe erklärt: Der Reichstanzler hat den Wunsch, über die Ereignisse der letzten zwei Tage, die unser ganzes Land beschäftigen, eine Erklärung abzugeben.

Reichstanzler Fehrenbach:

Unserem Botschafter in London ist gestern das Ultimatum von dem englischen Premierminister übergeben worden. Der Text ist aus der Presse bekannt. Außerdem ist hier im Laufe der Nacht der englische Text der Beschlüsse der Alliierten über die Reparationen und die Zahlungsforderungen eingetroffen. Es sind umfangreiche Schriftstücke, die gegenwärtig der Prüfung der Ressorts unterliegen. Das Kabinett wird alle Sorgfalt darauf verwenden, die sachlichen Unterlagen für die Entscheidung vorzubereiten, die dem neuen Kabinett obliegt.

Ueber die aufständische Bewegung in Oberschlesien hat das Kabinett gestern dem Auswärtigen Ausschuss Bericht erstattet. Die Vorbereitungen der gewaltigen polnischen Erhebung sind, worauf wir bei den alliierten Regierungen immer wieder hingewiesen haben, so offen vor sich gegangen, daß über ihre aufrührerischen Zwecke und Absichten längst kein Zweifel mehr bestehen konnte. (Zustimmung.) Heute hat sich der polnische Aufstand bereits über das ganze Gebiet verbreitet, das nach Norden die sogenannte Korfantsy-Linie bezeichnet. Teilweise hat die Bewegung über diese Linie hinausgegriffen. (Hört, hört!) Ueber die polnische Grenze sind Waffen und Ausrüstungen nach Oberschlesien gelangt. (Bewegung.) Die Insurgenten sind nach vielfach vorliegenden Meldungen glänzend bewaffnet. Aus welchen Beständen sollen diese Mengen von Waffen kommen? Die Vorbereitung des Aufstandes läßt an der militärischen Leitung der Bewegung keinen Zweifel. Daß

polnische Offiziere und Soldaten

— wenn auch keine regulären polnischen Truppenteile — beteiligt sind, wird kaum in Abrede gestellt werden können. Offenbar bezieht der Plan, vollendete Tatsachen im Interesse Polens zu schaffen und damit den alliierten Regierungen die Hände zu binden. Die polnische Presse in Warschau ruft die polnische Gesellschaft zur Hilfe für die Insurgenten auf. Auch die Anzeichen für polnische Mobilisationspläne liegen vor. (Beifalles hört, hört!) — (Rufe: Unerhört!) Den bitteren Ernst dieser Lage empfindet unser Volk in allen seinen Schichten. Es sah das Schicksal treuer deutscher Mitbürger, der Bevölkerung eines deutschen Landes teils durch den Friedensvertrag in die Hände der alliierten Mächte gelegt, und es muß nun zerrissenen Herzens sehen, wie unter den Augen dieser Mächte entzogen ihrem verständigen Wort (Hört, hört!) unsere deutschen Brüder in Oberschlesien offen durch polnische Gemisstraten an Leib und Leben bedroht werden. Von allen Seiten drängen Hilferufe zu uns. Unseren oberschlesischen Volksgenossen versichern wir, daß wir alles, was in unserer Macht steht, tun, um sie in ihren Rechten und in ihrem Leben zu schützen. (Beifalles Beifall.) Wir bitten sie, auszuharren und den Geiern durch irgendwelche Akte der Unbesonnenheit oder der Verzweiflung das Spiel nicht zu erleichtern.

Es ist ja klar, daß die Geoner darauf lauern, uns ins Unrecht zu setzen. Ganz besonders müssen wir mit Rücksicht auf unsere gesamte Lage an die Deutschen außerhalb des insurgierten Gebietes die Aufforderung richten, die deutsche Regierung zu unterstützen durch ihr bekanntes Verhalten. So sehr uns das Blut in den Adern kocht, ja überlegt muß alles sein, was wir zur Hilfe Oberschlesiens tun.

Ich darf nunmehr:

die Note

verlesen, die gestern an die Besatzungsmächte nach London, Paris und Rom gerichtet worden ist, nachdem wir bereits am Tage zuvor bei diesen Mächten nachdrücklich Einspruch eingelegt und Abhilfe gefordert hatten. Diese Note vom 5. Mai hat folgenden Wortlaut:

Rücktritt Vanderveldes?

Brüssel, 6. Mai. (Agence Belge.) Der Generalführer der Arbeiterpartei und die Gewerkschaftskommission nahmen nach langer Debatte eine Tagesordnung an, in der sie sich über den Ausfall der Konferenz feierlichstem Beschlusse in der

„Das oberschlesische Abstimmungsgebiet befindet sich heute zum größten Teile in der Hand polnischer Bänder. Die friedliebende Bevölkerung wird aufs schärfste terrorisiert. Morde, Verschleppungen häufen sich. Der Betrieb der Gruben und Hüttenwerke wird gewaltig gehindert. Die Zerstörung dieser wertvollen Produktionsstätten ist zu befürchten. Korfantsy macht sich die Stellung eines obersten Leiters der Verwaltung an, ernannt Militär- und Zivilbeamte und verhängt Todesstrafen. (Hört, hört!) Die polnischen Bänder sind schwer bewaffnet und militärisch organisiert für die Aktion, die sich planmäßig und zielgerichtet über das ganze Land verbreitet. Die friedliche Bevölkerung bewahrt demgegenüber bisher eine musterhafte Ruhe. Das Gebiet ist gemäß dem Frieden von Versailles der Interalliierten Kommission zur Verwaltung anvertraut. Truppen der alliierten Mächte halten es besetzt. Weiter hat die Kommission die offenbar von langer Hand vorbereitete Bewegung zu verhindern, noch durch ihre Truppenmacht den Aufstand wirksam zu bekämpfen vermocht. Die deutsche Regierung verwehrt sich wiederholt dagegen, daß die Zurückhaltung der großen Mehrheit der Bevölkerung so aufgefaßt wird, als ob sie sich bei der Gewalt Herrschaft der polnischen Bänder beruhigt, und daß die gegenwärtige Sachlage bei der Entscheidung über Oberschlesien in Betracht gezogen wird. Die Bevölkerung kann verlangen, daß die alliierten Regierungen ihre schweren Verantwortung bewußt und unverzüglich für eine dringende Verstärkung der Besatzungstruppen sorgen, daß der Aufstand binnen kürzester Zeit niedergeworfen und die Ordnung im Lande wiederhergestellt wird. Die deutsche Regierung schließt sich diesem Verlangen mit allem Nachdruck an und ersucht um eine Erklärung der dortigen Regierung, ob sie gesonnen ist, gemeinsam mit den anderen beteiligten Regierungen alsbald die zur Herstellung der Ruhe erforderlichen militärischen Kräfte einzusetzen. Sie ist bereit, ein tatkräftiges und schnelles Eingreifen der Machtmittel der Alliierten zu erleichtern und ihnen alle gewünschte Förderung zuteil werden zu lassen. Die deutsche Regierung bedarf einer solchen Erklärung, um entscheiden zu können, ob von deutscher Seite Maßnahmen zum Schutze der oberschlesischen Bevölkerung zu treffen sind, die von deutschen Volksangehörigen gefordert werden. (Beifall.) Die deutsche Regierung vertritt, daß die alliierten Mächte die ihnen nach dem Friedensvertrage zuzulassende Aufgabe in vollem Umfange erfüllen werden, wie ihr bevollmächtigter Vertreter in Oppeln es der Bevölkerung am 3. Mai öffentlich angekündigt und wie sie es dem deutschen Bevollmächtigten gegenüber wiederholt bestätigt haben.“

Nach hinzuzufügen will ich, daß inzwischen die Anordnungen in die Wege geleitet sind, um

die Reichswehr

in den Stand zu setzen, in kürzester Frist dasjenige zu tun, was nach dem Ergebnis unseres Schrittes bei den alliierten Mächten als notwendig erscheint. (Beifalles Beifall.) Mit diesen Erklärungen will ich es vorläufig bewenden lassen. Ich glaube nur, in Ihrer aller Namen und auch im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, wenn ich hier die herzlichste Teilnahme zum Ausdruck bringe für unsere bedrückten, bedrängten, an Leib und Leben bedrohten Brüder in Oberschlesien und sie auffordere, müßig auszuharren in dem Bewußtsein, daß untererlei alles geschehen wird, was nach Lage der Sache getan werden kann. Hoffentlich wird auch für sie einmal wieder der Weg zum Lichte führen. (Beifalles Beifall.)

Abg. Ledebour (H. Soz.) beantragt Besprechung der Regierungserklärung. (Lachen.) Gestern hat die Regierung sich gegen das Einsetzen der Reichswehr erklärt, heute scheint sie anderer Ansicht geworden zu sein.

Abg. Braß (Komm.): Die Erklärung, daß die Reichswehr verwendet werden soll, ist so schwerwiegend, daß wir sofort darüber sprechen müssen. Das deutsche Proletariat darf nicht wieder in den Krieg getrieben werden.

Abg. Müller-Franke (Soz.): Wir sind mit dem Reichstanzler darin ganz einig, daß der bittere Ernst der Lage von allen Schichten des deutschen Volkes empfunden wird. Gerade deshalb fragen wir uns, ob den Interessen der Deutschen und besonders der deutschen Arbeiterschaft in Oberschlesien

damit gedient wird, wenn wir jetzt eine Debatte heraufbeschwören, von der wir eben schon einen Vorgeschmack gehabt haben. (Zustimmung.) Im Auswärtigen Ausschuss waren wir uns darin einig, daß vor einem Einsetzen der Reichswehr das Plenum des Reichstags gehört werden soll.

Reichstanzler Fehrenbach:

Die Meinung von einer nächtlichen Sinnesänderung der Regierung gehört in das Gebiet der Träume. Ich kann in Uebereinstimmung mit dem Herrn Abg. Müller (Franken) nur feststellen, daß die Auflösung der Regierung heute noch ganz die gleiche ist, wie Sie sie gestern im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten kundgegeben hat. (Abg. Ledebour: Sie haben sich hier aber anders ausgedrückt!) Es ist mir im Traum nicht eingefallen. Ich habe mit der Möglichkeit geredet, daß eventuell, wenn diejenigen, die in erster Linie jetzt die Pflicht haben, für die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien zu sorgen, verlagern, das deutsche Volk — (Lärm bei den B. R. — Glocke des Präsidenten.) — daß dann die deutsche Regierung entschlossen ist, vor jedem Einlass irgendwelcher militärischer Machtmittel des Parlament zu befragen. (Zurufe rechts und im Zentrum: Was wollt Ihr weiter?)

Abg. Mastbach (Komm.) (mit großer Unruhe empfangen): Wir werden die Besprechung erzwingen. (Unruhe und Lachen.) Im Namen meiner Fraktion erkläre ich (große Heiterkeit und Zurufe: Welcher Fraktion?) — im Namen der Vereinigten Kommunistischen Partei! (Große Heiterkeit und Zurufe: Der Vereinigten! — Erneute Heiterkeit.) Wir werden Ihnen beweisen, daß wir noch da sind! Der Reichstanzler hat mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Reichswehr in Gang gesetzt werden soll. (Stürmischer Widerspruch und Zurufe: Das Gegenteil hat er gesagt!) Wir werden die Besprechung heute erzwingen. (Lachen und allgemeine Unruhe.)

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages auf sofortige Besprechung gegen Kommunisten und Unabhängige. (Lärm bei den Kommunisten. Einige Kommunisten springen nach dem Rednerpult.)

Präsident Löbe: Ich schlage vor, die weiteren Punkte der Tagesordnung jetzt nicht zu behandeln. Die nächste Sitzung feitzustellen, behalte ich mir vor. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit — Lärm bei den Kommunisten.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Der Kassenauschuss des Reichstages beschloß gestern kurz vor der Veniarung, daß die Verhandlungen des Hauses auch in der nächsten Woche weitergeführt werden sollen. Die Geschäfte des Reichstages werden mit den bisherigen Ministern weitergeführt werden, ohne daß die Tagung unterbrochen wird.

Reparationsfrage anschließen und sich verpflichten, diese Politik im Lande, im Parlament und in der Regierung zu vertreten. Hieraus scheint hervorzugehen, daß die Sozialisten, falls die Regierung sich für eine Beteiligung an den Operationen im Ruhrgebiet entscheidet, aus dem Kabinett austreten werden.

Gewerkschaftsbewegung

Bundestag der technischen Angestellten und Beamten.

Im festlich geschmückten Saal des „Deutschen Hofes“ wurde gestern der 2. Bundestag vom Präsidenten Herrn Heinze mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Den zahlreich erschienenen Vertretern von Behörden und gewerkschaftlichen Verbänden dankte er für ihr Erscheinen. Als Vertreter des Oberbürgermeisters war Ratigstrassrat Dr. Ebertz, für das Handelsministerium Ministerialrat Schulz-Briesen anwesend.

Zur Leitung des Bundestages wurden Elias-Annen, Boshage-Hannover, Schweth-Beipzig, Stender-Insterburg und Drosdattius-Berlin gewählt.

Nach einer Reihe von Ansprachen wurde die Geschäftsordnung festgelegt. Anwesend sind 116 Delegierte, Vertreter der Hospitanten, Mitglieder des Bundesauschusses und des Bundesvorstandes, die Gauleiter, Bundessekretäre und Gewerkschaftsassistente.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird die Reihenfolge der Tagesordnung abgeändert. Für die Besprechung von Angelegenheiten der Bundesbeamten wurde ein besonderer Ausschuss eingesetzt.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes und die Abrechnung gab als erster Referent Schweiker-Berlin, Redner schilderte in sehr ausführlicher Weise die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und die Tätigkeit des Bundes im verflochtenen Geschäftsjahre. Vermehrung der Arbeitslosigkeit auf der einen, riesige Profite für die kapitalistischen Unternehmungen auf der anderen Seite kennzeichnen den Gang der Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete. In einer Zeit, in der die Volkswirtschaften unter ungeheuren Lasten seufzen und kaum noch ihre Köpfe über den Wasserstand halten, walte eine ungeheure schrankenlose Profitgier, füllen sich die Taschen der Spekulanten, häufen sich die Monopole, wüchsen sich die kapitalistischen Konzerne immer stärker zu einer Gefahr für das ganze wirtschaftliche Leben aus. Eine große Gefahr seien auch die unheilvollen Puffversuche.

Diese Gefahren würden vergrößert durch den Druck der von der Entente gestellten unerfüllbaren Forderungen. Dabei sei die Regierung immer noch nicht vom Asten zu Laten gekommen, sondern allen Sozialisierungsplänen aus dem Wege gegangen. Der Kapitalismus wisse, daß mit der Bewirkung dieser Pläne die Ära an seine Wurzeln gelegt wird. — Der Klärungsprozeß, wie er seit dem Ausbruch der Revolution in der Angestelltenbewegung einsetzte, habe auch im Berichtsjahr weitere Fortschritte gemacht. Bestrebungen von deutschnationalen Verbänden, die auf eine Zerstückelung der Bewegung gerichtet waren, sind mißlungen. Die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung, die durch den Afa-Bund verfortert wird, habe vielmehr im letzten Jahre eine äußere Erstärkung und innere Bereicherung erfahren. Die Gemeinschaft des Bundes mit dem ADB, habe sich auch vor allem auf dem Gebiete der Betriebsratbewegung bewährt. Ein Versuch der Kommunisten, eine neue Gewerkschaftsinternationale zu schaffen, wurde abgelehnt. Der Bund hatte ferner zu allen sozialpolitischen Gelehen und Gesetzentwürfen Stellung genommen und seinen ganz einflussreichen für eine freie, öffentliche Ausgestaltung geltend gemacht. Mit Befriedigung sei zu konstatieren, daß im Berichtsjahre 20 000 Mitglieder gewonnen wurden, daß allen Stürmen zum Trotz das Vermögen des Bundes um eine halbe Million zugenommen hat und daß rund dreiviertel Millionen für Unterstützungen und Beiträge ausgegeben werden konnten. (Lebhafte Beifall.)

Der zweite Referent Heinze verbreitete sich vornehmlich über innere Bundesangelegenheiten.

Hierauf trat eine Mittagspause ein.

Rein wilder Streik!

Bei der Firma Wohlfarth u. Goldschmidt, Möbel-fabrik, stehen die Arbeiter seit 10 Wochen im Streik. Die Löhne hatten bei Beginn des Lohnkampfes die enorme Höhe von 5,45 M. im Durchschnitt. Den Tischlern, die bei Teilarbeit beschäftigt waren, wurden Löhne gezahlt von 5,25 M. bis 5,35 M. trotz Spruches vom Tarifamt für das Holzgewerbe, welcher für Hocharbeiter über 22 Jahre ab 14. Juli 1920 den Durchschnittslohn auf 6,00 M. pro Stunde festsetzt.

Schon am 1. Februar 1921 wurden an die damals noch bestehende Schlichtungskommission Anträge zum friedlichen Ausgleich der Differenzen gestellt, die aber von der Firma sabotiert wurden. Es ist nun allerdings mehr wie sonderbar, wenn bei der Höhe der obigen Löhne und der Umgehung jeder Verständigung die Firma bei jeder Gelegenheit den berechtigten Lohnkampf ihrer Arbeiter als „wildes Streik“ bezeichnet. Die Arbeiter der Firma werden sich dadurch von ihren berechtigten Forderungen nicht abdrängen lassen.

Streik der Transportarbeiter.

Die Transportarbeiter im Nahrungsmittel-Großhandel haben gestern wegen Lohnunterschieden den Streik erklärt. Wir bitten alle Arbeiter, keinen Streikbrecherdienst bei den Firmen zu leisten.

Zum Streik im Tiefbaugewerbe beschloß eine Versammlung der Streikenden am Freitag, daß die Leitung des Ortsartells Verhandlungen anbahnen soll, damit es nach nunmehr fünf Wochen dauernden Streik zu entscheidenden Verhandlungen komme. Die Rotfahndarbeiten, so auch in der Baugrube der Nord-Südbahn am Halleschen Tor, sind inzwischen teilweise wieder aufgenommen worden.

Gegen die Beschleppung des Beamtenvertretungsgesetzes protestierten die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten wie die Lehrer Groß-Berlins am 2. Mai in der „Neuen Welt“. Sie verlangen die sofortige Vorlage und Verabschiedung eines Beamtenrätegesetzes, das in Ausführung des Artikels 230 Abs. 3 Abs. der Beamten- und Lehrerschaft das Mitbestimmungsrecht und dessen Sicherung durch paritätische Schlichtungsausschüsse gewährleistet. In dem vom Deutschen Beamten-

bund und ADB, vorgelegten Entwurf erblickten sie eine geeignete Grundlage für ein solches Gesetz. — Außerdem protestierten die Beamten gegen die verschiedene Einstufung von Vororten Berlins im neuen Ortsklassenverzeichnis. Sie widerspreche früher gegebenen Zusicherungen wie auch den Forderungen der Beamtenorganisationen. Durch diese vorläufige Regelung wurde ein Vorgang für das endgültige Ortsklassenverzeichnis geschaffen, dem entschieden widersprochen werden müsse. Notwendig sei beschleunigte Weiterarbeit an der endgültigen Ortsklasseneinteilung.

Für die 10 Punkte trat eine Betriebsversammlung der ADB, am 28. April in Rörners Blumengarten ein. Davon ausgehend erklärte die Versammlung, in eine Vertiefung der Arbeitszeit einzuwilligen, um den Arbeitlosen Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Die Versammelten verlangen aber von den maßgebenden Instanzen die sofortige Einleitung von Verhandlungen zwischen den sozialistischen Parteien einerseits und den Gewerkschaften bzw. der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale andererseits, damit es möglich wird, für die 10 Punkte des ADB, in eine einheitliche geschlossene Aktion der gesamten Arbeiterschaft einzutreten.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Die am 15. September 1920 erfolgte Verbindlichkeitsklärung des Tarifvertrages für die kaufmännischen und technischen Angestellten der chemischen Industrie Groß-Berlins ist mit Wirkung ab 1. Januar 1921 auf die pharmazeutische Industrie ausgedehnt worden. Gleichzeitig wurden die durch Schiedspruch ab 1. Januar festgesetzten Zuschläge für die gesamte chemische Industrie ohne Ausnahme mit Wirkung ab 1. Januar 1921 für allgemein verbindlich erklärt.

Somit bestehen in der ganzen chemischen Industrie Groß-Berlins für die Angestellten wieder einheitliche Lohnverhältnisse.

Zuspigung im amerikanischen Seemannsstreik.

Die Reeder erklären erneut, die Arbeiter müßten, ehe an eine Vermittlung zu denken sei, zuvor die Herabsetzung der Löhne um 15 Proz. annehmen. Von Seiten der Streikenden wird betont, daß sie sich mit dem Lohnabbau nie und nimmer einverstanden erklären würden. Handelsminister Hoover machte den Vorschlag, den Streikfall durch Schiedsgericht beilegen zu lassen. Der Reederverband hat jedoch diese Anregung zurückgewiesen, so daß die Aussichten auf gütliche Beilegung im Augenblick sehr geringe sind. Nach Berechnungen der Seemannsverbände stehen 195 000 Mann im Streik.

Die Kohndrucker in Amerika. Nach einer Kabelmeldung der „Chicago Tribune“ aus New York hat die United States Steel Corporation eine allgemeine Herabsetzung der Löhne um 20 Proz. vom 16. Mai ab angeündigt. Diese Maßnahme erstreckt sich auf 150 000 Arbeiter. — Die Arbeiter haben dabei noch ein Wort mitzureden.

Gewerkschaftsunterkommissionen. Die Sammlung für die Winterhilfen der im Ruhrgebiet Gefallenen hatte folgendes Ergebnis: Rahlbaum 489, Bauarbeiterverband 41,60, Ball, Reiter, Jabadi 130, Wasserwerk 48,90, Seiden 171, SPD 118, Benzol-Richt 89, Glas-Isolant 88, Hammerwerk 26, ADB 540,50, RFP 190,50, Eintracht 27,50, Fuhrer 41,50, Transportarbeiterverband 101, —, Auto 125, Verkauf-Maschinen-Werke 710, —, Verband der Leiter- und Maschinen 125, Reichsfabrik Vogel 325, —, Wagen-Pan 121,50, Kommunistische Jugend 36, —, Fink & Co., 12, —, Fik-Jabadi 100,50, RFP 63,20, zusammen 388,20 M.

Deutscher Transportarbeiterverband. Agitationsbeste Epenid und Umgegend. Heute 7 Uhr bei Stippel, Admit, Scherlindeber Str. 2, Versammlung. Tagesordnung: „Amherst oder Moskau?“

Wagen- und Karrenfahrer. Sonntag 10 Uhr Vorkonferenz in Röhren, Weicker, 17, Cigarettenbericht. Die Mitglieder des Komitees sowie alle Funktionäre müssen pünktlich um 9 1/2 Uhr erscheinen. — Die Delegierten der Verbände der Metzler, Holzarbeiter, Maler und Industrie und Gastler.

Wirtschaft

Die neue Getreidebewirtschaftung.

Unsere bisherige Getreidewirtschaft kann als Zwangswirtschaft dauernd nicht aufrecht erhalten werden, weil sie den beabsichtigten Zweck, den minderbemittelten Bevölkerungsteilen das unbedingt notwendige Broitquantum zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen, von Jahr zu Jahr weniger erfüllt.

Während der Krieges funktionierte die Getreidezwangswirtschaft noch leiblich; Auslandsgetreide war in nennenswerten Mengen nicht zu haben, daher mußten Landwirte und Exekutivorgane die Ernährungsmöglichkeiten, wenn auch in stark eingeschränktem Maße sicherstellen, weil sonst der militärische Zusammenbruch und Hungerzustände die unvermeidlichen Folgen gewesen wären. Danor schredten die Verantwortlichen doch zurück.

Nach Kriegsende wuchs von Jahr zu Jahr die Einfuhrmöglichkeit und mit ihr sank das Verantwortlichkeitsgefühl derer, die für mögliche Sicherstellung des Broitbedarfs aus der Inlandsenernte verantwortlich sind. So ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei gleicher Wirtschaft im nächsten Jahr die Ablieferung an Broitgetreide weiter zurück- und die Auslandsenernte heraufgehen wird. Hier steht der Entwurf des Ernährungsministeriums ein, meines Erachtens weniger, um den Broitbedarf des Volkes möglichst aus dem Ertrag der Inlandsenernte doch noch sicherzustellen. Die Grundtendenz des Entwurfes scheint mir vielmehr darauf hinauszuweisen, wieder zur freien Wirtschaft und vor allem zu höheren Preisen für die Landwirte zu kommen. Das Ziel der Produktionsförderung wird nur vorgeführt, um den Widerstrebenden die Umstellung auf das Umlageverfahren schmackhafter zu machen.

Die öffentliche Broitversorgung soll aus Inlands- und Auslandsgetreide notdürftig (schmale Rationen) sichergestellt werden, indem man ein Viertel der Inlandsgetreideernte in gebundener

Wirtschaft (Ablieferungszwang und Höchstpreis) erhält, die anderen drei Viertel dem freien Markt ungebunden überantwortet. Damit wird nichts erreicht; denn was ändert denn das vorgeschlagene Umlageverfahren an dem derzeitigen Stand der Dinge. Umlage haben wir bisher schon, sie heißt nur Ablieferungsoll, dessen Höhe doch auch nur durch eine Umlage bestimmt wird.

Im laufenden Erntejahr ist nach dem Umlageverfahren mit einer Erfassung von annähernd 3 1/2 Millionen Tonnen der Inlandsenernte durch Reichsgetreidestelle, Bayerische Landesgetreidestelle und selbstwirtschaftende Kommunalverbände zu rechnen. 3,2 Millionen Tonnen sind auch im letzten Jahre nach der Reichsgetreidestelle bereits erfasst worden.

Das Ergebnis würde also bei reiflicher Durchführung des Umlageverfahrens kein größeres sein.

Woran krankt das bisherige Verfahren? Es bestehen nebeneinander zwei Preise, der gesetzliche Höchstpreis, verschleiert durch Druschprämien und die Markterbilligung, und der höhere Preis, den Schieber und Hamsterer zahlen, wobei der Schieberpreis immer mehr die größere Anziehungskraft entwickelte.

Nach Einführung der Umlage wird daran nichts geändert. Neben dem gebundenen Preise für Umlagegetreide bildet sich im freien Handel ein höherer, an den Weltmarktpreis herankommender Preis heraus, der die größere Anziehungskraft haben und die Umlage sabotieren wird.

Alles Inlandsgetreide fand bisher drei Abflußkanäle; die öffentliche Wirtschaft, die Verfütterung und den Schleichhandel. Nach Einführung der Umlage bleibt gebau dasselbe Bild. Die Umlage ist gleich der von der öffentlichen Wirtschaft erfahren Menge. Verfütterung lohnt zu den jetzigen Viehpreisen auch bei Weltmarktpreisgetreidepreisen noch. Nur wird der Schleichhandel dem legalen Handel Platz machen, so daß der Bemittelte genügend gutes Brot haben wird wie bisher; der Minderbemittelte bekommt kümmerliche Rationen schlechtester Beschaffenheit. Die politische Wirkung, die das haben wird, kann man sich ohne lebhaftes Phantasie schon jetzt ausmalen! Durch Abbau der Zwangswirtschaft sollen die Landwirte und andere bestellte Erwerbsstände noch und nach wieder „ehrlich“ gemacht werden?

Kenner der Verhältnisse werden daran nicht zu glauben vermögen. Alle, aber auch alle Korruptionsherde bleiben beim Umlageverfahren bestehen. Nehmen wir einmal an, daß die Furcht vor der vermögensrechtlichen Haftung die Landwirte zur Erfüllung ihrer Umlage zwingt (was angesichts des bisherigen Verfalls der Exekutive keineswegs sicher ist), dann werden die meisten Landwirte das minderwertigste Getreide abliefern; über Anbaufläche und Ernteertrag werden unzählige Möglichkeiten versucht werden, damit möglichst viel Getreide für den freien Markt zu hohen Preisen bleibt.

Die Müller werden im Preise verschiedenes Getreide und Mehl, die Bäcker im Preise verschiedenes Mehl und Brot führen. Kenner der Verhältnisse wissen, welchen Schiebungen an allen Ecken und Enden damit Tür und Tor geöffnet wird. Die Exekutivorgane des Staates und der Kommunalverbände sind dagegen in der Hauptsache einfach machtlos.

Die Umstellung auf das Umlageverfahren ändert also an den tatsächlichen Verhältnissen gar nichts, ihr einziger „Erfolg“ würde sein, den Preis des Inlandsgetreides in ganz kurzer Zeit an den Weltmarktpreis heranzubringen, womit eine zeitweilige unerträgliche Broitpreiserhöhung verbunden sein würde. Schwere Kämpfe um Lohn- und Gehaltssteigerungen auf allen Gebieten wären die weitere Folge, denn gesteigerte Broitpreise ziehen Preissteigerungen auf allen anderen Gebieten nach sich.

Es bleibt angesichts der unsicheren außenpolitischen Lage zurzeit meines Erachtens gar nichts anderes übrig, als zunächst auf ein weiteres Erntejahr bei der bisherigen Art der Getreidewirtschaft zu bleiben, bis wir genügende Auslandsreserven an Broitgetreide im Inland haben, und dann die Getreidewirtschaft freizugeben.

Eine Sozialisierung der Getreidewirtschaft oder eines Teiles derselben ist zurzeit undurchführbar. Eine Verbesserung der gegenwärtigen Zwangsbewirtschaftung ist allerdings möglich. Das einzige Gute des neuen Entwurfs zur Getreidewirtschaft, die vermögensrechtliche Haftung des Produzenten für die Erfüllung seines Ablieferungsolls, sollte man in die bisherige Zwangswirtschaft einschalten. Im übrigen sollte man recht und schlicht zunächst noch ein Jahr die Zwangswirtschaft beibehalten.

H. Käppler, Dr. d. R.

Starke Zunahme des Banknotenumschs. Der Banknotenumschlag hat in der letzten Aprilwoche um volle 2460,6 Millionen Mark auf 70 880,7 Millionen Mark zugenommen. Die Summe an umlaufenden Darlehenskassenscheinen erfuhr keine nennenswerte Veränderung; 17 Millionen Mark an solchen Scheinen sind in die Kassen der Bank zurückgelangt, im Verkehr befanden sich am 30. April 9543,1 Millionen Mark. Der Umlauf an Banknoten und Darlehenskassenscheinen zusammen, der in der vierten Aprilwoche des Vorjahres um 1966,3 Millionen Mark zugenommen hatte, ist also in der Kuswelswoche um 2443,6 Millionen Mark angeichwollen.

Veranlag. für den redakt. Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Gade, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch & Co., Berlin. Druck: Hermann-Brosch & Co., Berlin. Verlagsnummer: 1000. Preis: 1 Blatt.

Unüberbroschen
an Güte
Paßform * Eleganz
Preiswürdigkeit
SALAMANDER